

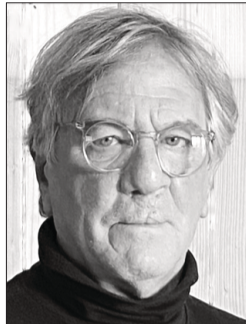
Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Niger und die «neue Weltordnung»

Afrika für Afrikaner

von Patrick Lawrence*



Patrick Lawrence
 (Bild ef)

Wie ist der Staatsstreich vom 26. Juli in Niger zu verstehen, bei dem Militäroffiziere Mohamed Bazoum, den vom Westen beeinflussten Präsidenten des Landes, absetzten? Es ist der sechste Putsch dieser Art in oder in der Nähe der Sahelzone in den letzten vier Jahren. Sollen wir dieses Band quer durch Subsahara-Afrika als Putschland abschreiben und uns nicht weiter darum kümmern? Der Gedanke ist in vielen Medienberichten implizit enthalten, aber wie oft widmen sich unsere Medien der Verbesserung unseres Verständnisses für globale Ereignisse und wie oft der Pflege unserer Unkenntnis über sie?

Wir dieses Band quer durch Subsahara-Afrika als Putschland abschreiben und uns nicht weiter darum kümmern? Der Gedanke ist in vielen Medienberichten implizit enthalten, aber wie oft widmen sich unsere Medien der Verbesserung unseres Verständnisses für globale Ereignisse und wie oft der Pflege unserer Unkenntnis über sie?

Kein Einzelfall

Nehmen Sie diese jüngste Entwicklung in Afrika nicht als Einzelfall, wenn ich dazu einen Vorschlag machen darf. Ihre Bedeutung liegt in dem grösseren Kontext, in dem sie stattgefunden hat – sozusagen in ihrem globalen Umfeld. Der Westen wird von der zunehmenden Geschlossenheit und dem zunehmenden Einfluss des Nicht-Westens mit seiner Version des 21. Jahrhunderts bedrängt. Unsere Medien können es nicht ertragen, darüber zu schreiben oder zu berichten. Meiner Meinung nach hat sich Niger gerade zu einem Teil dieses historischen Phänomens erklärt. Und die Mainstream-Me-

* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein vorletztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale 2013. Im Juli ist sein neues Buch «The Journalists and Their Shadows» bei Clarity Press erschienen. Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensiert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über patreon.com/thefloutist.



Westafrika und die dortigen Staaten der Sahelzone. (Graphik Ben Norton)

dien können es wieder nicht ertragen, dies zu erwähnen.

Diejenigen, die Bazoum abgesetzt haben, werden von Abdourahmane Tchiani, dem ehemaligen Chef der Präsidentengarde, angeführt und hegen ganz offensichtlich eine tiefe Abneigung gegen die postkoloniale Präsenz der Franzosen. Es gibt auch Berichte – in den Medien und in Denkfabriken –, dass Bazoum kurz davor war, Tchiani zu entlassen, und dass die Ereignisse von Ende Juli vor allem oder hauptsächlich von persönlichen Rivalitäten, Ressentiments oder beidem bestimmt wurden.

Jeder hat auf die eine oder andere Weise und mehr oder weniger gut über die Feindseligkeit der Nigrer gegenüber den Franzosen im Ausland berichtet. Solche Gefühle sind in vielen Teilen des frankophonen Afrikas zu beobachten. Für Nigrer, Malier und andere ist die Vergangenheit ein anderes Land, so scheint es: Es ist das 21., nicht das 19. Jahrhundert.

Denn die Vergangenheit ist nur ein Teil der Geschichte, und ich würde sagen, nicht der grösste Teil. Wir sollten in diesem Fall weder

der Geschichte noch der Erinnerung zu viel Bedeutung beimessen: Diejenigen, die den Putsch angeführt haben, blicken nach vorne, nicht zurück. Und zu behaupten, der Putsch gegen Bazoum sei eine Frage der Palastpolitik gewesen, was auch immer das sein mag, bedeutet, den Salat als Hauptgericht zu servieren. Nein, wir müssen in grösseren Dimensionen denken, wenn wir die neue Realität, die sich in Niger und anderen Ländern in seiner Nachbarschaft abzeichnet, begreifen wollen.

Anschluss an die «neue Weltordnung»

Tchiani und seine Anhänger, von denen es offensichtlich viele im Militär und auf den Strassen der Hauptstadt Niamey gibt, haben meiner Meinung nach den Westen, wie er jetzt ist, als oberstes Ziel vor Augen. Wenn sie von den Franzosen die Nase voll haben, dann sind sie auch an diesem Punkt ganz klar, dass sie nichts mehr von dem wollen, was die USA in den letzten zwei Jahrzehnten zu bieten hatten: eine schwerfällige, ineffektive Militärpräsenz und neoliberale wirtschaftliche Orthodoxien. Wie in Mali und anderswo in der Region

scheint sich Niger nun in eine eindeutig nicht-westliche Richtung zu entwickeln.

Mit anderen Worten: Der Staatsstreich im letzten Monat liest sich für mich wie eine Ankündigung, dass Niger bereit ist, sich der «neuen Weltordnung» anzuschliessen, von der die Chinesen in den letzten Jahren immer häufiger öffentlich gesprochen haben – seit das Biden-Regime Peking innerhalb weniger Monate nach seinem Amtsantritt im Jahr 2021 entfremdet hat. Dies stellt den Putsch gegen Bazoum in einen grösseren Kontext, in dem er meiner Meinung nach auch stehen sollte.

Das bedeutet, dass die USA nun in einem zunehmenden Wettbewerb mit China und Russland um Einfluss auf dem gesamten afrikanischen Kontinent stehen werden. Wenn es den Kurs nicht grundlegend ändert – und die politischen Cliquen in Washington haben kein Gespür für Kursänderungen –, wird Amerika mit ziemlicher Sicherheit der Verlierer dieser Rivalität sein, wenn wir sie so nennen wollen. Die USA, und in diesem Fall die Franzosen, sind einfach schlecht gerüstet. Es ist eine Frage der Technologien: Die Amerikaner kommen mit Waffen, militärischer Unterstützung und geopolitischen Interessen nach Afrika; die Chinesen und Russen kommen zwar mit eigenen Interessen, aber auch mit Wirtschaftshilfe, Handelsströmen und industriellen Entwicklungsprojekten.

Eine echte Wahl im eigenen Interesse

Lange Zeit hatten die Nigrer keine andere Wahl, als Formen des Neokolonialismus als ihr Erbe, als Vermächtnis der Geschichte, zu akzeptieren. Das Zeichen unserer Zeit ist, dass diese Nationen jetzt eine echte Wahl haben, und sie sind endlich in der Lage, diese in ihrem eigenen Interesse zu treffen. Während ich diesen Kommentar schrieb, nahm der angesehene Diplomat Chas Freeman einen Webcast auf, in dem er argumentierte, dass Westasien – wie wir lernen müssen, den Nahen Osten zu nennen – dazu bestimmt ist, seine

Fortsetzung auf Seite 2

Der Süden organisiert sich Schritt für Schritt

von Guy Mettan*



Guy Mettan
 (Bild zvg)

Unter den unzähligen Gipfeltreffen aller Art, die das internationale Leben prägen und in einem Höllentempo aufeinander folgen, gibt es einige, die unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollten. Den Anfang macht das BRICS-Treffen, das Ende des Monats in Südafrika stattfindet. Es wird sowohl durch die Entscheidungen, die dort getroffen werden, als auch durch die, die nicht getroffen

* Guy Mettan ist Journalist und Abgeordneter im Grossen Rat des Kantons Genf, den er 2010 präsidierte. Er arbeitete für das «Journal de Genève», «Le Temps stratégique», «Bilan», «Le Nouveau Quotidien» und später als Direktor und Chefredaktor der «Tribune de Genève». 1996 gründete er den «Swiss Presseclub», dessen Präsident und späterer Direktor er von 1998 bis 2019 war.

Liebe Leser von Zeit-Fragen
 Betriebsbedingt erscheint die nächste Ausgabe von Zeit-Fragen (Nr. 19/20, 2023) am 19. September 2023.

werden, von Bedeutung sein, insbesondere in bezug auf eine mögliche Erweiterung (30 Kandidatländer!) und das Finanzsystem (neue Verrechnungs- und Kreditwährung).

Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass sich die meisten unserer Medien wie üblich mit einer oberflächlichen und abwertenden Berichterstattung begnügen werden, mit vielen anekdotischen Bemerkungen über die «Niederlage» Putins, der nur per Video daran teilnehmen wird.

Sie werden sich wieder einmal irren. Denn dieser Gipfel ist keineswegs ein isoliertes Phänomen, sondern der Baum, der einen dichten Wald von Süd-Süd-Initiativen verdeckt, die uns völlig entgehen. Ihre Zunahme deutet darauf hin, dass der Norden weder die Agenda noch das Format der internationalen Treffen bestimmt. Die beiden Ohrfeigen, die Emmanuel Macron gerade erhalten hat, der gerne nach Johannesburg und zum jüngsten Gipfel der Amazonas-Länder eingeladen worden wäre (der Anfang August in Belem in Abwesenheit Frankreichs stattfand, obwohl dieses Land mit Guayana in erster Linie betroffen ist), sind in dieser Hinsicht sehr bezeichnend. Genau wie sein überraschender Rauswurf aus Niger und die anschliessenden Verhandlungen

zwischen der ECOWAS und der Militärjunta, die in Niamey die Macht übernommen hat.

Ein weiteres wichtiges Treffen wird Mitte Oktober in Peking stattfinden. Es handelt sich um das dritte Forum der chinesischen Initiative Neue Seidenstrasse. 150 Länder werden erwartet, ausgenommen die westlichen Länder, die aus Unterwürfigkeit gegenüber den USA, die gegen China hetzen, nur ungerne daran teilnehmen. Italien, das einzige G-7-Mitglied, das sich der Initiative angeschlossen hatte, hat seinen Rückzug angekündigt. Nach drei Jahren Abwesenheit auf Grund von Covid will China wieder ganz oben auf die internationale Bühne zurückkehren. Es wird interessant sein zu sehen, wer auf welcher Ebene anwesend sein wird, insbesondere wenn der Westen die Veranstaltung boykottiert. Jeder wird seine Freunde zählen können.

Aber die Emanzipation des globalen Südens ist nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit. Hier und da beginnen, politische Bestrebungen aufzutauchen. Zwei kleine, aber symbolträchtige Initiativen aus jüngster Zeit sind der Beweis dafür. Die erste ist die Schaffung einer Afrikanischen Politischen Allianz, die im Mai letzten Jahres in Lomé auf Initiative

Togos ihre erste Ministerkonferenz abhielt, um «die Stimme Afrikas auf der internationalen Bühne besser zu vertreten» und der allzu lästigen Vormundschaft Frankreichs, der USA oder Chinas zu entgehen. Zehn Länder waren vertreten, was für einen Anfang nicht schlecht ist.

Das letzte Beispiel ist die Gründung der Association of Friends of the Charter of the United Nations im März dieses Jahres in New York und Genf, die 22 Mitgliedsländer umfasst und zu den Grundlagen der Charta zurückkehren will, d.h. Multilateralismus, Respekt und Gleichheit der Nationalstaaten, Ablehnung der «rules-based order», die den westlichen Universalismus anstelle des souveränen Internationalismus durchsetzen will. China, Iran, Nordkorea, Russland, Venezuela, Kuba, Nicaragua und etwa 15 weitere Länder, die vom Norden als der Club der Bad Boys der internationalen Gemeinschaft betrachtet werden, wollen sich nun koordinieren, um ihre eigene kleine Musik gegenüber dem grossen Orchester der reichen Länder zu Gehör zu bringen.

Wer hat gesagt, dass internationale Politik und Wirtschaft langweilig sind?

(Übersetzung aus dem Französischen Zeit-Fragen)

Die International Progress Organization verurteilt die kollektive Bestrafung der Bevölkerung von Niger

Die International Progress Organization warnt vor einer militärischen Intervention, die gegen die Charta der Vereinten Nationen verstösst, und appelliert an die Staatsoberhäupter der ECOWAS beim Notstandsgipfel in Abuja*, Nigeria

Wien, Österreich, 8. August 2023

In einer heute veröffentlichten Stellungnahme forderte der Präsident der *International Progress Organization*, Dr. Hans Köchler, die *Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten* (ECOWAS) auf, von einer Politik der Einschüchterung und Einmischung in die politische Situation in der Republik Niger abzulassen. Die Androhung einer militärischen Intervention und die gegen Niger verhängten Strafsanktionen verstossen gegen die *Charta der Vereinten Nationen* und drohen die ohnehin prekäre Sicherheitslage in der Region weiter zu destabilisieren. Diese Massnahmen und Strategien haben keine Grundlage im Vertrag der ECOWAS, der den «Nichtangriff zwischen den Mitgliedsstaaten» zu einem der «Grundprinzipien» der Gemeinschaft erklärt (Artikel 4[d]) und die «friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten» vorsieht.

Gleichzeitig mit der Einstellung der finanziellen Unterstützung durch Frankreich und die Europäische Union werden die von ECOWAS und UEMOA (*Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion*) verhängten massiven Wirtschafts- und Finanzsanktionen die Zivilbevölkerung in grösste Schwierigkeiten bringen. Das Embargo hat bereits zu einem beträchtlichen Anstieg der Preise für lebensnotwendige Güter geführt. Es handelt sich um eine Form der kollektiven Bestrafung und eine Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürger Nigers. Der Premierminister des Landes unter der Regierung von Präsident *Bazoum*, *Ouhoumou-*

dou Mahamadou, erklärte gegenüber *France24*, dass die Sanktionen für die Bevölkerung «katastrophal» seien.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Gemeinschaftsmitgliedschaft von vier Staaten – Burkina Faso, Guinea, Mali und Niger – faktisch ausgesetzt ist, sollten die anderen Mitgliedsstaaten der ECOWAS eine friedliche Lösung im Einklang mit Kapitel VI der UN-Charta anstreben, anstatt ein ganzes Volk in einer regionalen Auseinandersetzung als Geisel zu nehmen. Darüber hinaus können wirtschaftliche Zwangsmassnahmen völkerrechtlich nur vom UN-Sicherheitsrat als Massnahme der kollektiven Sicherheit nach Kapitel VII der Charta verhängt werden. Einseitige Zwangsmassnahmen, ob von einem einzelnen Staat oder einer Gruppe von Staaten, sind illegal.

Eine bewaffnete Intervention in Niger, wie sie von einigen Staaten der Region angedroht wird, würde nicht nur gegen den Wortlaut und den Geist des ECOWAS-Vertrags verstossen, sondern auch eine schwere Verletzung von Artikel 2 Absatz 4 der *Charta der Vereinten Nationen* darstellen, wonach sich alle Mitgliedsstaaten «in ihren internationalen Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates enthalten». Artikel 58 des revidierten ECOWAS-Vertrags von 1993 («Regionale Sicherheit») enthält keine Bestimmungen, die eine bewaffnete Intervention im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaats rechtfertigen. Die Option der Aufstellung von «Friedenstruppen» in Artikel 58

Absatz 2 Buchstabe f kann keinesfalls so ausgelegt werden, dass sie militärische Aktionen in einem Mitgliedsstaat rechtfertigt, die die Souveränität dieses Staates verletzen. Aus den katastrophalen Auswirkungen der Interventionen der früheren ECOMOG (*Economic Community of West African States Monitoring Group*) in den Bürgerkriegen in Liberia und Sierra Leone müssen Lehren gezogen werden. Schon die Einrichtung der Gruppe durch einen «Ständigen Vermittlungsausschuss» und die Ausübung ihres Mandats durch die Entsendung von De-facto-Kampfgruppen in Bürgerkriegssituationen in den Mitgliedsstaaten entsprach weder den verfassungsrechtlichen Anforderungen der ECOWAS noch der Charta der damaligen OAU oder der Vereinten Nationen.

Unter Bezugnahme auf das gemeinsame Kommuniqué der Übergangsregierungen von Mali und Burkina Faso vom 31. Juli 2023, in dem unter Punkt 5 «die Einleitung von Selbstverteidigungsmassnahmen [in Übereinstimmung mit Artikel 51 der UN-Charta] zur Unterstützung der Streitkräfte und des Volkes von Niger» für den Fall einer militärischen Intervention in diesem Land erwähnt wird, warnte der Präsident der I.P.O. vor den schwerwiegenden Folgen eines bewaffneten Vorgehens einiger Mitgliedsstaaten im Namen der ECOWAS – nicht nur für das Volk von Niger, sondern für den Frieden und die Stabilität in der Region und in ganz Afrika. Er appellierte an die Staatsoberhäupter dieser Länder, auf ihrem bevorstehenden Dringlichkeitsgipfel in Abuja den Weg des friedlichen Dialogs zu beschreiten, wie er

in den Kapiteln II und X des überarbeiteten ECOWAS-Vertrags niedergelegt ist.

Unter Bezugnahme auf die einseitige Militärintervention der Nato in Libyen im Jahr 2011, die auf Betreiben Frankreichs und unter offener Missachtung der durch die Resolution 1973 des Sicherheitsrats gesetzten Einschränkungen erfolgte, warnte die *International Progress Organization* vor einer neuerlichen Destabilisierung in der Sahelzone durch einen weiteren bewaffneten Feldzug, der gegen die UN-Charta verstosse. Der Zerfall Libyens infolge der Nato-Intervention war die Ursache für das Sicherheitsvakuum und die politische Instabilität in der gesamten Region und darüber hinaus, auch in Europa. Wie heute im Fall von Niger muss jedes Land selbst über Strategien und Massnahmen zum Schutz seiner Sicherheit und seiner lebenswichtigen nationalen Interessen entscheiden, ohne Einmischung von aussen, sei es durch regionale oder globale Mächte. «Krieg zu führen, um den Frieden zu erhalten», das trügerische Motto vieler unglücklicher Interventionen in der Geschichte der internationalen Beziehungen, darf nicht als Rechtfertigung für einen weiteren Akt unverhohlener Aggression dienen.

Quelle: *i-p-o.org* vom 8.8.2023

* Die *International Progress Organization* hat den hier abgedruckten Text vor der Konferenz der ECOWAS in Abuja veröffentlicht. Die ECOWAS hat dort zwar die Fortsetzung der Sanktionen beschlossen, aber keinen konkreten Beschluss zur Militärintervention gefasst. [Anm. d. Red.]

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Niger und die neue «Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 1

Zukunft selbst zu bestimmen, da die Hegemonie der USA der Vergangenheit angehört. Die Nigrer haben gerade verkündet, dass von nun an Afrika den Afrikanern gehört.

Koloniale und postkoloniale Stile

Alle alten imperialen Mächte hatten ihren eigenen Stil der Kolonialisierung. Die Belgier waren für ihre Gewalttätigkeit und rücksichtslose Ausbeutung bekannt, die Briten stützten sich auf traditionelle politische Strukturen – Stämme, Häuptlinge, Sultanate usw. – und regierten auf dem Weg der sogenannten indirekten Herrschaft. Die Franzosen bauten die Verwaltungsbürokratie der Metropole neu auf, regierten direkt und liessen, wie in ihrer Heimat, alle Französisch sprechen.

Das Gleiche gilt für postkoloniale Stile. Die Franzosen haben in vielen ihrer ehemaligen Kolonien ein Chaos angerichtet, weil sie sich im wesentlichen noch nicht von ihrem kolonialen Selbstverständnis verabschiedet haben. Dies wird deutlich, wenn wir die Beziehungen von Paris zu den frankophonen Ländern neben das britische Commonwealth stellen. Ich würde nicht sagen, dass letzteres eine grosse, glückliche Familie ist, aber die Art von Katastrophen, die wir in letzter Zeit in der Sahelzone erlebt haben, gibt es so nicht. In den sozialen Beziehungen herrscht eine Arroganz, auf der die Franzosen zuweilen zu beharren scheinen. Sie beherrschen immer noch die Rohstoffindustrie und andere Wirtschaftsbereiche, als ob es die Unabhängigkeit – Niger hat sie 1960 erlangt – nie gegeben hätte.

Weder französische noch amerikanische Truppen

Das benachbarte Mali hat das französische Militärkontingent nach mehreren Putschen in den Jahren 2020 und 2021 ausgewiesen. Zehn Tage nach dem Staatsstreich vom 26. Juli erklärte die neue Regierung in Niamey, sie werde eine Reihe militärischer Vereinbarungen mit Paris aufkündigen, die die französische Militärpräsenz betreffen. «Ohne eine Änderung der französischen Haltung werden die 1500 französischen Soldaten in Niger abziehen müssen», berichtete die *Brookings Institution* am 8. August, «was die militärischen Kapazitäten des Westens in einem Teil der Welt, in dem die tödliche Bedrohung durch den Terrorismus zunimmt, erheblich verringern würde».

«Ich erinnere mich an ein ähnliches Ereignis im Jahr 1964, als *Sukarno*, der die Bedingungen, an die die USA ihre Hilfe für Indonesien knüpften, satt hatte, in einer landesweit verbreiteten Rede sagte: «Fahrt zur Hölle mit eurer Auslandshilfe». *Sukarno* war ein Mann, der die Politik beherrschte – Souveränität, Unabhängigkeit und Würde waren seine höchsten Werte. Die Stimmung in Niamey in diesen Wochen scheint mir ein Echo von *Sukarno* zu sein und spiegelt die selben Prioritäten wider.»

Dies wirft die Frage nach dem Schicksal der Präsenz des Pentagons in Niger auf – etwa 1000 Soldaten und eine Drohnenbasis nordöstlich von Niamey, von der aus mutmassliche terroristische Aktivitäten bis nach Nord- und Westafrika überwacht werden. Ich habe keine Informationen darüber. Ich kann mir vorstellen, dass der inoffizielle Kanal zwischen Washington und Niamey zu diesem Zeitpunkt ununterbrochen läuft, aber die nigrischen Putschisten machen den Eindruck, dass sie die amerikanischen Truppen auf nigrischem Boden genauso wenig mögen wie die französischen. Es gibt Berichte, dass einige nigrische Offiziere eine Abkehr von der amerikanischen hin zur russischen Militärlieferung befürworten, insbesondere zur *Wagner*-Gruppe, die bereits in Mali aktiv ist.

Vernachlässigung und Versagen haben jahrzehntelang das Profil der USA in Niger und anderswo in Afrika bestimmt. Das radikale Ungleichgewicht zwischen militärischer und sicherheitspolitischer Unterstützung auf der einen Seite und Investitionen und Wirtschaftshilfe auf der anderen Seite hat den Nigrern die schlimmsten Botschaften vermittelt: Die Amerikaner sind weder an Niger noch an den Nigrern interessiert; sie interessieren sich für Niger nur als Standort für strategischen Wettbewerb.

Howard French, ein ehemaliger Korrespondent der «*New York Times*», hat es am 8. August in *Foreign Policy* treffend formuliert:

«Washington hat die Jahrzehnte in Afrika grösstenteils vertrödelt, indem es alle paar Jahre je nach Modeerscheinungen die politischen Slogans wechselte, sich aber meist auf zwei Botschaften für die Afrikaner beschränkte. Die erste: Bittet uns nicht um irgendeine Art von Scheckbuchhilfe, wenn es darum geht, eure Wirtschaft anzukurbeln. Wir wünschen euch alles Gute bei der Verfolgung von sogenannten öffentlich-privaten Partnerschaften, die in der Regel sehr

wenig von ersterem und auch nicht so viel von letzterem bedeuten, es sei denn, die privaten Unternehmen sind im Öl- und Gasgeschäft tätig.

Das andere altbekannte Thema ist natürlich die Demokratie. Die US-Politiker beteuern, sie in Afrika zu lieben, aber sie haben nie viel Geschick bewiesen, wenn es darum ging, sie dort zu fördern – oder sie – wie der Staatsstreich in Niger deutlich zeigt –, zu verteidigen, wenn sie angegriffen wird.»

Folgen der US-Antiterror-Kampagnen

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington konzentriert sich die US-Hilfe für Niger fast ausschliesslich auf Operationen zur Terrorismusbekämpfung – sowohl für sich selbst als auch durch die Ausbildung und Beratung des nigrischen Militärs in diesem Bereich. Das Pentagon fördert Niger üblicherweise als wertvollen Aussenposten in seinen globalen «CT»-Kampagnen und hat in den letzten zehn Jahren Waffen, Berater, Ausbilder und Hilfe in Höhe von 500 Millionen Dollar geschickt. In der Tat wurden mindestens fünf derjenigen, die den nigrischen Staatsstreich durchführten, vom US-Militär ausgebildet und beraten. Dies zeigt, dass die Bilanz dieser Operationen unbeabsichtigte Folgen hat.

Nick Turse, ein versierter Afrikanist, hat dies am 2. August in einem Interview mit *Intercepted* sehr detailliert erklärt. In den Jahren 2002/03 zählte das Aussenministerium neun Terroranschläge in der gesamten Sahelzone – weniger als ein Prozent der weltweiten Gesamtzahl. Aber die Zahlen sind seitdem fast jedes Jahr gestiegen. Im vergangenen Jahr gab es in Niger und den Nachbarländern Mali und Burkina Faso 27000 solcher Anschläge. Mehr als 40 Prozent der weltweiten Terroropfer sind inzwischen in der Sahelzone zu beklagen.

Die offensichtliche Frage ist, warum. Die Antwort liegt in den ethnischen, sozialen,

religiösen und Klassenunterschieden in Niger, für die sich die Amerikaner nicht im geringsten interessieren, weil sie sich nicht im geringsten für Niger interessieren. In den letzten zwei Jahrzehnten waren marginalisierte ethnische und islamische Minderheiten ein fruchtbarer Boden für die Rekrutierung von Terrorgruppen wie al-Kaida, eben weil sie marginalisiert wurden. Stärker begünstigte soziale, ethnische und religiöse Gruppen, die in der Regierung und im Militär dominieren, neigten folglich dazu, alle Mitglieder dieser Randgruppen als Terroristen zu betrachten. Die US-Berater, die diese Spaltungen und Feindseligkeiten nicht beachten, haben das nigrische Militär effektiv für wahllose Anti-terroroperationen ausgebildet.

Die Ergebnisse lassen sich an den soeben zitierten Statistiken ablesen. Vergessen Sie *Brookings* und seine vorgefertigte Erklärung für die Präsenz des Pentagons. Die Operationen des Pentagons haben sich als Fehlschlag erwiesen, und die Demokratie in Niger hat sich erheblich verschlechtert.

Offen gegenüber der «neuen Weltordnung»

Es gab Bilder von russischen Fahnen, die gehisst wurden, als Demonstranten in Niamey ihre Unterstützung für *Bazoums* Sturz zum Ausdruck brachten, und es gibt Berichte, dass einige nigrische Offiziere eine Abkehr von der US-amerikanischen hin zur russischen Militärlieferung und insbesondere zur *Wagner*-Gruppe, die bereits in Mali aktiv ist, befürworten. Diese Dinge sind zu beobachten, aber ich sehe sie als symbolische Gesten in dem oben erwähnten breiteren Kontext. Sie sind ein Zeichen für die Ungeduld der Nigrer gegenüber Washingtons weithin verabscheuter «regelbasierter Ordnung» und für die Offenheit gegenüber der neuen Weltordnung, die China und Russland als Alternative für das 21. Jahrhundert propagieren.

Ich bin versucht zu behaupten, dass wir Zeugen eines neuen Wettlaufs um Afrika werden könnten, aber das werde ich nicht tun. Es wird keine *Berliner Konferenz* geben, die 1884 den ersten Wettlauf einleitete und die Regeln für die europäische Ausbeutung (und spätere Kolonisierung) des Kontinents festlegte. Die USA, ihre Verbündeten, Russland und China werden dieses Mal in ähnlicher Weise um die heiligen Grale der internationalen Politik dieses Jahrhunderts konkurrieren – um

Fortsetzung auf Seite 3

Wie Kriegslügen fabriziert werden

«Berlin Gruppe 21» legt Untersuchung zum manipulierten OPCW-Bericht zu Douma vor

von Karin Leukefeld



Karin Leukefeld
(Bild ef)

Hochrangige ehemalige UN-Offizielle und Wissenschaftler, die seit 2021 als «Berlin Gruppe 21» (BG21) zusammenarbeiten, haben Abgeordneten des Europaparlaments ihre Untersuchung des OPCW-Berichts über einen angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Douma, Syrien, im April 2018 vorgelegt. Gefunden haben sie Beweise für Manipulation, Voreingenommenheit und Zensur.

Die Untersuchung wurde von den beiden EP-Abgeordneten Mick Wallace und Claire Daly, Mitglieder der Partei Independents 4 Change (Unabhängige für den Wandel, Irland), in Auftrag gegeben. Im Europaparlament gehören sie zu den GUE/NGL The Left. Ziel sei, das EU-Parlament zu einer eigenständigen Überprüfung und Debatte dieser «ernstzunehmenden Kontroverse» zu führen, heisst es in einer Notiz, die der Untersuchung vorangestellt ist.¹ Auch die OPCW-Mitgliedsstaaten und die OPCW-Verwaltung sollten die anhaltende Kontroverse über den OPCW-Douma-Bericht («in Übereinstimmung mit der Chemiewaffenkonvention und der Charta der Vereinten Nationen») lösen.

Gründungsmitglieder der «Berlin Gruppe 21» sind der brasilianische Botschafter José Mauricio Bustani, erster Direktor der (1997 gegründeten) Organisation für das Verbot chemischer Waffen, OPCW; Richard Falk, Professor em. für Internationales Recht an der Princeton-Universität und UN-Sonderberichterstatter für die Einhaltung der Menschenrechte in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten; Dr. h. c. Hans-C. von Sponeck, 32 Jahre lang UN-Diplomat u.a. in der UNDP und als stellvertretender UN-Generalsekretär im Irak; Dr. Piers Robinson, Co-Direktor der Organisation für Propagandastudien, mit Schwerpunkt Rolle von Medien in Konflikten, Aussenpolitik und Intervention an den Beispielen der Invasion in den Irak (2003) und in Syrien.

Die Vorgeschichte

Die *NachDenkSeiten* haben in den letzten Jahren immer wieder über die Kontroverse um den umstrittenen OPCW-Bericht zu Douma berichtet², nachdem ein OPCW-Whistleblower bei einem Panel der *Courage Stiftung* (Oktober 2019) über den Eingriff der Organisation in die ursprünglichen Untersuchungsergebnisse berichtet hatte.

Informationen über den angeblichen Chemiewaffeneinsatz waren am 7. April 2018 von den «Weisshelmen» verbreitet worden. Sie schickten dramatische Bilder und Videoaufnahmen aus einem unterirdischen Krankenhaus in Douma über die Sozialen Medien in alle Welt. Internationale Fernsehstationen und Agenturen sorgten

für die umgehende Verbreitung. Die «Weisshelme» behaupteten, die syrische Armee habe aus einem Hubschrauber mit Gas gefüllte Zylinder auf Wohnhäuser abgeworfen und mindestens 40 Menschen getötet. Die «Weisshelme» verbreiteten auch Bilder von Leichen in einem Keller. Die USA, Grossbritannien, Paris und Berlin schlossen sich den Anschuldigungen der «Weisshelme» an.

Die syrische Armee dementierte die Angaben, die syrische Regierung bat die Organisation für das Verbot chemischer Waffen, OPCW, eine Untersuchungsmission zu senden. Der UN-Sicherheitsrat stimmte zu, und die Mission, eine *OPCW-Fact-Finding Mission* (FFM), machte sich auf den Weg. Doch während sich die OPCW-Inspektoren in Beirut auf die Weiterfahrt nach Damaskus vorbereiteten, bombardierten die USA, Grossbritannien und Frankreich in der Nacht zum 14. April 2018 Ziele in Syrien als Bestrafung für Douma. Die drei westlichen Veto-Mächte und ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat waren offensichtlich nicht an einem Ergebnis der OPCW-Mission interessiert. Die OPCW, der UN-Sicherheitsrat, die UN-Vollversammlung schwiegen.

Die OPCW-Inspektoren reisten nach Damaskus und nahmen ihre Arbeit in Douma auf. Sie sammelten Bodenproben, nahmen die Orte des Geschehens in Augenschein und sprachen mit Augenzeugen. Die auf Fotos abgebildeten Leichen in einem Keller waren nicht mehr aufzufinden. Der Ort, an dem sie beerdigt worden waren, ist unbekannt. Zurück in Den Haag – Sitz der OPCW – verfassten sie ihren ersten Zwischenbericht, der nach den OPCW-Vorschriften innerhalb von vier Wochen vorliegen muss. Dann geschah etwas Merkwürdiges. Das Douma-Inspektorenteam wurde von der Arbeit abberufen, und es tauchte ein neuer Zwischenbericht auf.

«Besonders besorgniserregend»

Unter dem Betreff «Grosse Besorgnis über den «zensierten» Douma-Bericht»³ wandte sich einer der Inspektoren des OPCW-Douma-Teams am 22. Juni 2018 mit einem Schreiben an die Vorgesetzten. «Als Mitglied des FFM Teams, das die Untersuchung über den angeblichen chemischen Angriff in Douma am 7. April durchgeführt hat, möchte ich meine grosse Besorgnis über die zensierte Version des FFM Berichts zum Ausdruck bringen», heisst es in dem Schreiben. Dieses Schreiben und andere interne Dokumente in der Sache wurden zwischen 2019 und 2020 der Internetplattform *WikiLeaks* zugespielt und veröffentlicht. «Soviel ich weiss, geschah das im Auftrag der ODG», das Kürzel für Office of the General Director. Und weiter heisst es:

«Nach der Lektüre dieses geänderten Berichts, wozu übrigens kein anderes Teammitglied, das in Douma im Einsatz war, die Gelegenheit hatte, war ich erstaunt, wie falsch er die Tatsachen wiedergibt. Viele der Fakten und Beobachtungen, die in der vollständigen

Fassung dargestellt sind, sind untrennbar miteinander verbunden. Durch das selektive Weglassen bestimmter Informationen wurde eine unbeabsichtigte Voreingenommenheit in den Bericht eingebracht, die seine Glaubwürdigkeit untergräbt. In anderen Fällen haben sich einige entscheidende Fakten, die in der zensierten Fassung verblieben sind, in etwas ganz anderes verwandelt als das, was ursprünglich verfasst worden war. Wenn Sie gestattet, möchte ich auf einige spezifische Aspekte des geschwärzten Berichts eingehen, die besonders besorgniserregend sind.»

Es folgt eine Aufzählung von Punkten⁴, die dem Autor des Schreibens besonders wichtig waren. «In höchstem Masse irreführend» sei die Schlussfolgerung, das Untersuchungsteam Douma habe genügend Beweise für den möglichen Einsatz von Chlor oder Chlorgas gefunden; für die Angabe, das Gas sei wahrscheinlich aus den gefundenen Zylindern freigesetzt worden, gebe es «ungenügende Beweise»; die Feststellungen zur Lage der Zylinder aus dem ursprünglichen Bericht fehlten, ebenso dessen umfassende Bibliographie. Der Bericht der *Fact-Finding-Mission Douma* solle vollständig veröffentlicht werden, da die zensierte Fassung nicht die Arbeit des Teams reflektiere, mahnte der Autor des Briefes an. Sollte die zensierte Version veröffentlicht werden, bitte er «höflich darum», seine «abweichenden Bemerkungen gemäss Paragraph 62 von Teil II der Verifikationsanlage der Chemiewaffenkonvention beizufügen».

Der Brief führte zu zahlreichen Reaktionen, doch die OPCW-Leitung war weder bereit, den Douma-Bericht zu veröffentlichen, noch eine Stellungnahme des Briefautors dem zensierten Bericht beizufügen. Die beiden mittlerweile bekannten OPCW-Whistleblower Ian Henderson und Brendan Whelan wurden seitens der OPCW-Leitung verfolgt, unter Druck gesetzt, beleidigt und diffamiert.

Der Brief war nur der Anfang einer langen Kontroverse, die bis heute anhält. Zahlreiche Dokumente wurden *WikiLeaks* zugespielt, die dort nachgelesen werden können.⁵

Die *Courage Foundation* organisierte ein Panel, in dem über die Unstimmigkeiten des OPCW-Douma-Berichts informiert wurde. Eine dort verabschiedete Stellungnahme lenkte die internationale Öffentlichkeit auf den Fall und führte zu Appellen an den OPCW-Generaldirektor und die OPCW-Mitgliedsstaaten, den Fall neu zu untersuchen. Ohne Erfolg.

Neue Untersuchung dringend geboten

Die Autoren der nun vorgelegten Untersuchung begründen ihre Arbeit mit drei wichtigen Aspekten. Die Familien der 40 oder mehr Toten aus Douma müssten wissen, woran ihre Angehörigen tatsächlich gestorben seien. Die Glaubwürdigkeit der OPCW und das Vertrauen ihrer Mitgliedsstaaten in die Organisation müsse wiederhergestellt werden. Whistleblower, die den Mut hätten, Fehlentwicklungen aufzuzeigen, verdienten Anerkennung und

zf. Am 17. August hat Fritz Edlinger auf seinem Videokanal (*International*) unter dem Titel «Der «Fall Douma»: Die Wahrheit muss ans Licht!» ein Gespräch mit dem langjährigen UN-Diplomaten Hans von Sponeck über die Vorgänge und Manipulationen im Zusammenhang mit Douma geführt, das wir unseren Lesern unbedingt empfehlen möchten: <https://www.youtube.com/watch?v=M0sZuuVvFYQ>

Schutz. Nicht nur die OPCW habe versagt, heisst es in dem Vorwort der Autoren. Weder die UN-Generalversammlung noch der UN-Sicherheitsrat hätten zur Aufklärung der Kontroverse beigetragen. Der Umgang mit dem Bericht über einen angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Douma und der kurz darauf erfolgte – nicht nach dem internationalen Recht autorisierte – Angriff von den USA, Grossbritannien und Frankreich auf Syrien gefährdeten den internationalen Frieden und die Sicherheit, wie es in der UN-Charta steht.⁶

Die Untersuchung der «Berlin Group 21» (BG21) ist in englischer Sprache verfasst. Bereits dem Titel ist zu entnehmen, was die «Berlin Gruppe 21» nach jahrelangen Recherchen, Gesprächen und Untersuchungen der OPCW-Douma-Berichte gefunden hat: Beweise für Manipulation, Voreingenommenheit und Zensur. Untermuert wird das schwerwiegende Fazit mit einer Fülle von Dokumenten, Analysen aus erster Hand und von hochqualifizierten Quellen. Hinzu kommt zahlreiche interne Kommunikation der OPCW, die über die Internetplattform *WikiLeaks* veröffentlicht wurde.⁷

Die Untersuchung

In einem ersten Abschnitt (Section One) geht eine kurze Hintergrundinformation auf das eigentliche Geschehen in Douma, Syrien, am 7. April 2018 ein und erläutert die Einrichtung einer *Fact-Finding Mission* (FFM) durch die OPCW sowie die Rolle der Vereinten Nationen. Der zweite Abschnitt (Section Two) befasst sich in einer Art Chronologie mit dem angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Douma und mit der FFM-Untersuchungsmission. Es beginnt im April 2018 und reicht über Dezember 2019 in die Zeit danach. Beim dritten Abschnitt (Section Three) schliesslich handelt es sich um eine zusammenfassende Untersuchung der vier OPCW-Berichte über den angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Douma. Dabei werden der ursprüngliche Zwischenbericht des FFM-Teams, das in Douma ermittelte (Juni 2018), der zensierte Zwischenbericht (Juni 2018), der veröffentlichte Zwischenbericht (Juli 2018) sowie der FFM-Abschlussbericht (März 2019) zusammenfassend dargestellt. In einem vierten Abschnitt (Section Four) werden schliesslich Schlussfolgerungen gezogen und konkrete Handlungsvorschläge gemacht, «um das Ge-

Fortsetzung auf Seite 4

«Niger und die «neue Weltordnung»

Fortsetzung von Seite 2

geopolitischen Einfluss und Ressourcen –, aber für die beiden nichtwestlichen Nationen geht es hier nicht um Ausbeutung: Es geht darum, einem Zeitalter der Ausbeutung ein entschiedenes Ende zu setzen.

China ist mit seinen Handels-, Investitions- und Entwicklungsprogrammen in Afrika gut vorangekommen. Seine Reaktion auf den Staatsstreich in Niamey war strikt nichtinterventionistisch – genau die Haltung, die sich Tchiani und seine Kollegen von externen Mächten wünschen. Peking hat lediglich erklärt, dass es auf eine Verhandlungslösung für die ausweglose politische Situation des Landes hofft. Russland veranstaltete sein zweites Gipfeltreffen der afrikanischen Staats- und Regierungschefs in St. Petersburg zufällig an den beiden Tagen nach dem Staatsstreich. Auch hier lag der Schwerpunkt auf Handel, Investitionsströmen und industrieller Zusammenarbeit. «Während der Diskussionen», so der russische Bericht, «erklärten die Teilnehmer ihre Verpflichtung,

gemeinsam eine neue, gerechtere, multipolare Architektur der Weltordnung aufzubauen, die auf der souveränen Gleichheit der Staaten und einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit beruht.»

Bazoum – Modernisierer und Verwestlicher

Ich bin ratlos. Ich sehe nicht, wie die USA auf diese relativ neuen Ankömmlinge in Niger oder sonstwo in Afrika in irgendeiner Weise wirksam reagieren könnten. In diesem Zusammenhang ist Bazoums Absetzung gut zu verstehen. In Anbetracht seiner sanften Behandlung während des Hausarrests können wir vermuten, dass er nicht als ernsthafter Feind betrachtet wird: Er ist einfach kein Agent des Wandels. Bazoum ist ein überzeugter Modernisierer und Verwestlicher, der verschiedene Partnerschaften mit den USA und den Europäern geschlossen hat. Er ist der erste arabische Präsident Nigers und ein Ouled Slimane-Araber – eine Minderheit innerhalb einer Minderheit und einer Gruppe, die traditionell mit der französischen Präsenz sympathisiert. Wenn Bazoum Niger seit seinem Amtsantritt vor zwei Jahren auch nicht

zu einem Klientelstaat des Westens gemacht hat, so hat er sich doch in diese Richtung bewegt. Seine Wirtschaftspolitik, gegen die sich die Putschisten wehren, halte ich für so etwas wie einen reinen Neoliberalismus.

Entschlossenheit

Aussenminister Blinken und andere Beamte der Biden-Administration haben sich energisch für Bazoum eingesetzt und gedroht, alle Hilfen für das Land einzustellen, wenn er nicht wieder an die Macht kommt. Um zu zeigen, wie wichtig Washington Bazoums Rehabilitation ist, flog keine Geringere als *Victoria Nuland* am 7. August zu mehrstündigen Gesprächen mit einigen nigrischen Militärs nach Niamey, obwohl Tchiani und andere Anführer des Putsches sich Berichten zufolge weigerten, sie zu empfangen. Die amtierende Nummer 2 des Aussenministeriums kam nicht weiter, selbst nach ihren eigenen Angaben, nachdem sie erneut gewarnt hatte, dass die gesamte US-Hilfe für Niger auf dem Spiel stehe.

«Wir wollen Ihr Geld nicht», twitterte die neue Regierung danach. «Verwenden Sie es, um ein Abnahmeprogramm für Victoria Nuland

zu finanzieren.» Ich zitiere diese unhöfliche öffentliche Riposte wegen ihres Subtextes: Darin können wir die Entschlossenheit der neuen Führung erkennen, die westliche Dominanz von Nigers Vergangenheit zurückzuweisen.

Ich erinnere mich an ein ähnliches Ereignis im Jahr 1964, als *Sukarno*, der die Bedingungen, an die die USA ihre Hilfe für Indonesien knüpfen, satt hatte, in einer landesweit verbreiteten Rede sagte: «Fahrt zur Hölle mit eurer Auslandshilfe.» Sukarno war ein Mann, der die Politik beherrschte – Souveränität, Unabhängigkeit und Würde waren seine höchsten Werte. Die Stimmung in Niamey in diesen Wochen scheint mir ein Echo von Sukarno zu sein und spiegelt dieselben Prioritäten wider. Abdourahmane Tchiani und seine Kollegen tragen Uniformen, aber sie scheinen der Meinung zu sein, dass Washingtons militärisch orientierte Politik gegenüber Niger die falsche Technologie ist. Jetzt ist es Niger für die Nigrer. •

Quelle: *Scheerpost.com* und *thefloutist.substack.com* vom 14.8.2023
(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Der Platz der Schweiz in einer Welt des Umbruchs

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die Welt ist im Umbruch. Es ist beeindruckend, wie die Menschen ausserhalb des westlichen Blocks aufstehen und ihren (faktisch immer noch) Kolonialmächten zurufen: Jetzt ist Schluss mit völkerrechtswidrigen Interventionen und menschenrechtswidriger Ausbeutung! Von nun an bestimmen wir selbst über unser Land, unsere Politik und unsere Bodenschätze.

Wie *Zeit-Fragen* berichtet hat, liessen sich die lateinamerikanischen und karibischen Staaten an ihrem Gipfel mit der EU keine in Brüssel vorformulierte Schlussklärung aufdrücken, auch nicht mit den üblichen finanziellen Erpressungsversuchen. Hingegen war der Russland-Afrika-Gipfel ein voller Erfolg, weil Präsident *Putin* seinen Gästen von gleich zu gleich begegnete, so wie es eigentlich in allen Beziehungen zwischen den Ländern und Kulturen sein sollte. Inzwischen sind auch andernorts hoffnungsvolle Zeichen für eine neue Weltordnung zu erkennen.

Von gleich zu gleich mit allen Völkern, das ist auch die Tradition der Schweiz. In den letzten Jahrzehnten sind viele unserer Politiker und Diplomaten leider von diesem der menschlichen Natur entsprechenden und deshalb erfolgreichen Weg abgewichen. Sie haben sich einspannen lassen für die Interessen von Grossmächten. Es wird Zeit, dass wir uns auf den Schweizer Weg besinnen und die aktuellen Bestrebungen für eine gerechtere Welt auf dem Boden der Gleichberechtigung aller Völker, wie sie die Uno-Charta vorsieht, unterstützen.

Neue Entwicklungen im Weltgeschehen

Niger hat als weiterer afrikanischer Staat (nach Mali und Burkina Faso) den Befreiungsschlag gewagt. Er will nicht mehr «eines der ärmsten Länder der Welt» sein, sondern seinen grossen Reichtum (Uran) zu Weltmarktpreisen verkaufen statt wie bisher zu Schleuderpreisen an französische AKW. Erfreulicherweise scheint keiner der 14 übrigen Mitgliedsstaaten der «Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS)» bereit zu sein, einen Krieg für die Interessen Frankreichs gegen die neue Regierung zu führen, sondern sie wählen den Weg des Dialogs und der Diplomatie. Damit weisen sie die westlichen Mächte mit dem Zeigefinger auf die Rechtslage hin: Es handelt sich im Niger um einen internen Konflikt, das bedeutet, ohne Entscheid des Uno-Sicherheitsrates hat gemäss Uno-Charta kein anderer Staat das Recht, militärisch zu intervenieren. Haben wir uns schon derart an das mittelalterliche Faustrecht der Nato gewöhnt, dass andere Völker uns daran erinnern müssen, was Recht ist?

Vom 22.–24. August wird der BRICS-Gipfel stattfinden. Der Verbund aus den fünf riesigen Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika lädt nach Johannesburg ein, 34 Länder haben bisher zugesagt. Die

Versuche des Hegemons, das Bündnis zu spalten, sind nicht nur gründlich misslungen, sondern es findet eine eigentliche Gegenbewegung statt. Eine eindrückliche Menge von Staaten wollen sich der BRICS anschliessen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren und ihre Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern. Elf Länder haben bereits einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, weitere 24 Länder einen informellen. Der in Moskau lebende Schweizer *Peter Hänseler* und sein Kollege *Denis Dobrin* haben Zahlen und Fakten zusammengestellt. Hier nur ein kleiner Ausschnitt: Die Einwohner der fünf BRICS-Staaten machen 41% der Weltbevölkerung aus, mit den elf formellen Beitrittskandidaten zusammen 52%, zählt man die informellen Interessenten dazu: 67%. Die übrigen Länder der Welt werden in den Diagrammen als «Rest» bezeichnet.¹

Was wir Schweizer daraus lernen können

Für uns Schweizer ist es eine Freude mitzuerleben, wie sich immer mehr Staaten zusammen tun, um sich von ihren langjährigen Abhängigkeiten von den USA und verschiedenen westeuropäischen Staaten zu befreien. Der Schweiz, ihren heutigen Politikern und Diplomaten würde es gut anstehen, sich ebenfalls mehr Selbstbewusstsein zuzulegen und ihren Platz als neutrales und mit allen Völkern verbundenes Land wieder einzunehmen.

Es wird Zeit, dass unsere Politiker und Mainstream-Medien aufhören, wie hypnotisierte Chüngeli auf Washington und Brüssel zu starren. Wer geglaubt hat, mit der automatischen Übernahme der US-EU-Sanktionen gegen Russland – unter Verletzung unserer Neutralität und unseres Rechtsstaates – könne der Bundesrat den Druck auf unser Land verringern, hat sich gründlich geirrt. Autoritäre Grossmächte werden nicht milder gestimmt, wenn man sich ihnen unterzieht, sondern sie nutzen die gezeigte Schwäche unbarmherzig aus und fordern immer mehr. Wenn es nach dem Willen des Hegemons jenseits des Atlantiks ginge, müsste die Schweiz sämtliche russischen Vermögen im Land beschlagnahmen, allein auf Grund der Staatsangehörigkeit der Eigentümer – das ist reiner Rassismus! Die blockierten Gelder müsste die Schweiz dann rechtswidrig enteignen und in das von Korruption und Kriminalität zerrissene Fass ohne Boden in Kiew versenken.

Gegen derlei verfassungswidrige Ansinnen hat sich der Bundesrat bisher immerhin als resistent erwiesen. Es ist zu hoffen, dass er dabei bleibt. Denn mit seinem Einknicken bei der Übernahme einseitiger Sanktionen hat er der Schweizer Neutralität, die unsere Vorfahren über Jahrhunderte sorgfältig aufgebaut hatten, schweren Schaden zugefügt. Dasselbe gilt für das unwürdige Herumeiern des Parlaments um das gesetzliche Wiederausfuhrverbot

«Wie Kriegslügen fabriziert werden»

Fortsetzung von Seite 3

schehen in Douma akkurat aufzuzeigen und darüber hinaus auch die Glaubwürdigkeit der OPCW wiederherzustellen».

Beweise für Manipulation, Voreingenommenheit und Zensur

In einem beigegeführten Anhang werden Erkenntnisse der Untersuchung in den vier OPCW-Berichten konkret aufgezeigt. In *Annex 1* geht es um Aussagen der toxikologischen und forensischen Pathologie, um die «ungerechtfertigte Löschung der ursprünglichen Schlussfolgerung der Toxikologie» und um das Versäumnis, wichtige Beweise für eine andere Todesursache aufzudecken. *Annex 2* befasst sich mit den Zeugenaussagen, wo und wie sie gesammelt wurden, und dem Versäumnis, «ungewöhnliche Zeugenaussagen aufzuklären». Ausserdem geht es um analytische Fehler bei der Darstellung von Mustern, wie Gas sich ausbreitet. *Annex 3* untersucht die «ungenügenden chemischen Analysen», bei denen Fehler aufgetreten sind und «wichtige Hinweise auf alternative Erklärungen» nicht untersucht wurden. *Annex 4* schliesslich zeigt unzulängliche Informationen bei den ballistischen Fragen auf. Dabei geht es insbesondere um die auffällige und merkwürdige Platzierung von zwei Gaszylindern sowie die Erklärung

für ein Loch im Dach, durch die einer der Gaszylinder gefallen sein soll.

Die Untersuchung wurde an alle Abgeordneten des Europaparlaments, an die Leitung und Mitgliedsstaaten der *Organisation für das Verbot chemischer Waffen*, an den UN-Generalsekretär, die UN-Mitgliedsstaaten und an den UN-Sicherheitsrat geschickt. Auch das deutsche Aussenministerium hat eine Kopie erhalten. Alle Empfänger der Untersuchung sind aufgefordert, «die anhaltende Kontroverse entsprechend der *Chemiewaffenkonvention* und der *Charta der Vereinten Nationen* zu klären».

«Zutiefst beunruhigend»

«Dieses Dokument sollte jeden zutiefst beunruhigen, der glaubt, dass die Uno die Achtung des Völkerrechts als Mittel zur Verringerung der weltweiten Gewalt fördern sollte.» Das schreibt Professor *Theodore Postol* in seinem Vorwort zu der Untersuchung der «Berlin Gruppe 21». Postol ist Professor für Physik em. und hat am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT) gelehrt. Das Geschehen um den OPCW-Bericht zu Douma bezeichnet er als «Angriff auf die Zukunft des Internationalen Rechts und der *Chemiewaffenkonvention*». Sollte die Art von «offenkundig unprofessionellen und amateurhaften Analysen» Bestand haben, ohne korrigiert zu werden, bedeute das für die Vereinten Nationen und die OPCW, dass diese als «Vollstrecker internationalen Rechts einfach aufhö-

ren zu existieren». Das werde dann ein «bedauerliches Erbe sein, das der Welt von denen hinterlassen wird, die heute den Anspruch erheben, die Hüter der Wahrheit zu sein».

Neueste absurde Attacke aus den USA gegen den Schweizer Rechtsstaat

Ein Kongressausschuss in Washington beantragte kürzlich beim US-Aussen- und Finanzdepartement, «drei Vertreter des angeblich korrupten Schweizer Justizsystems auf die Sanktionsliste der USA zu setzen, unter ihnen den früheren Bundesanwalt *Michael Lauber*». Auslöser ist der US-Amerikaner *Bill Browder*, der in der *Ära Jelzin* aus Russland Milliarden herausgeholt hat. Er investierte 1996 25 Millionen Dollar, einige Jahre später war seine Investmentfirma «Hermitage Capital» 4,5 Milliarden Dollar wert! 2007 wurde sie durch den russischen Staat liquidiert. Schon klar, dass ein solcher «Investor» nicht gut auf *Wladimir Putin* zu sprechen ist, der den Abfluss russischen Staatsvermögens an westliche Profiteure damals stoppte. Seit 2011 versucht nun Browder, Zugriff auf angeblich gewaschene Gelder auf Schweizer Bankkonten zu erhalten. 2021 stellte die Bundesanwaltschaft jedoch den Fall ein und kündigte an, die strittigen 18 Millionen Franken an die Kontoinhaber zurückzugeben. Jetzt liegt der Fall zur endgültigen Beurteilung beim Schweizer Bundesgericht in Lausanne. Und was tut Browder? Weil sich die Schweizer Justiz nicht von ihm korrumpieren lässt, verleumdet er doch tatsächlich den Schweizer Rechtsstaat vor der «Helsinki-Kommission», einem Ausschuss in Washington: «Die Schweiz sei ein Land, wo das Rechtssystem nicht funktioniert, wo die Strafjustiz nicht funktioniert». Und wenn ein Justizsystem nicht funktioniere, fuhr er fort, «müssen wir es reparieren». Mit «wir» meinte er die USA.² Das geht selbst dem NZZ-Redaktor und Transatlantiker *Georg Häsler* zu weit. Mit seiner Frage, was geschehe, wenn auch das Bundesgericht Browders Klage ablehne, treibt er die Absurdität auf die Spitze: «Droht dann den beteiligten Bundesrichtern, als Teil eines angeblich dysfunktionalen Justizsystems, ebenfalls ein Antrag, auf die US-Sanktionsliste gesetzt zu werden?»

So weit kommt's noch! Die würden gescheiter ihr eigenes Justizsystem unter die Lupe nehmen, zum Beispiel den Fall *Julian Assange*, der auf Befehl der USA in Grossbritannien seit Jahren gefoltert und mit der Auslieferung bedroht wird, nur weil er einige unbequeme Wahrheiten über Kriegsverbrechen der USA veröffentlicht hat.

Schweizer Beitrag im Dienst des Weltfriedens

Heute hat die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit als neutraler Staat vielerorts verspielt, und ihre Guten Dienste sind kaum mehr gefragt. Dies ist eine direkte Folge der mangelnden Verwurzelung eines Teils unserer Politiker im

Schweizer Staatsmodell mit der Neutralität als Kern. Dabei könnte gerade in einer Welt im Umbruch der Schweizer Beitrag besonders hilfreich sein. Dass die Schweizer Geschichte an unseren Schulen weitgehend aus den Lehrplänen gestrichen wurde und an den Universitäten nicht mehr gelehrt wird, ist ein grosses Unglück und eine Unterschätzung der Bedeutung des Geschichtsbewusstseins der Menschen für ihre persönliche Entwicklung, für die Zukunft ihres Landes und für den Blick über den eigenen Gartenhag hinaus. Die Bildung der Jugend muss wieder ins Zentrum gerückt werden: Die Erhaltung der Grundlagen unseres Staatswesens basiert auf der direkt-demokratischen Beteiligung der Schweizerinnen und Schweizer und ihrem Interesse an den Geschicken ihrer Gemeinden, Kantone und des Bundes. Dies ist nur mit einer soliden staatsbürgerlichen Bildung in der Schule und aktiven Vorbildern im Elternhaus möglich. Auch die Integration des grossen ausländischen Anteils der Bevölkerung (rund ein Viertel) und der Neueingebürgerten basiert unter anderem auf einem guten Verständnis des Schweizer Staatsmodells. Die geplante *Strategie 2023* zum Umbau der Schweizer Armee zu einer faktischen Nato-Einheit ist zwar auch die Folge von Druck und Schmeicheleien aus dem Ausland. Aber ohne das mangelnde Geschichtsbewusstsein gerade auch vieler junger Schweizer wäre die unverblühte Absage an die Schweizer Neutralität als Grundlage unserer Armee nicht möglich.³

Uns selbst zur Mahnung ein Wort des grossen Schweizer Historikers *Wolfgang von Wartburg*: «Die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Neutralität ist ihre absolute *Zuverlässigkeit* und die ständige Bemühung um *Unparteilichkeit*. Auf diesem Gebiet hat die Schweiz eine einzigartige Erfahrung, die sie in den Dienst des Weltfriedens stellen kann.»⁴

¹ Hänseler, Peter; Dobrin, Denis. «BRICS – Serie – Teil 1. BRICS & Co. werden die Welt verändern.» <https://voicefromrussia.ch/>

² Gyr, Marcel und Häsler, Georg. «Nach dem Pressing aus Washington steht das Bundesgericht im Fall Magnitski unter hohem Druck». In: Neue Zürcher Zeitung vom 14.8.2023

³ Der Armeebereich 2023 wird in einer der nächsten Ausgaben behandelt werden.

⁴ von Wartburg, Wolfgang. *Die Neutralität der Schweiz und ihre Zukunft*, 1992 (Auszug)

LESER  BRIEF

«Schweizer Lateintage»

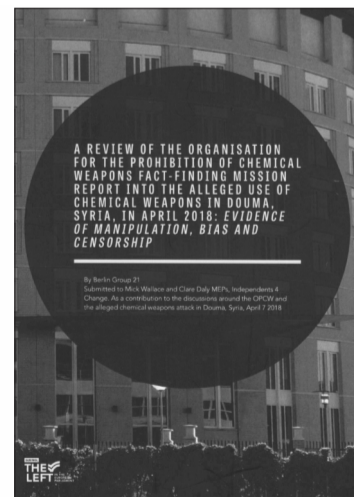
Die Probleme in den Vorstädten Frankreichs, die soziale Ungerechtigkeit, sind seit langem ein Dauerthema. Ein Artikel in *Zeit-Fragen* Nr. 17 vom 8. August 2023 stellt die zentrale Rolle der Schule in den Mittelpunkt. Vielen Dank dafür.

Die öffentliche Schule versagt seit Jahren darin, den jungen Franzosen das Handwerkzeug fürs Leben mitzugeben, so dass sie wehrlos gegenüber allen möglichen Drahtziehern sind. Bewegend zeigt der Artikel auf, mit welchem Herz ein engagierter Lehrer gegen Behörden und Schulteam sich für die Bildung dieser unterprivilegierten Kinder einsetzt, auf einem realistischen Weg mit Aussicht auf Erfolg! Und dies ausgerechnet mit Griechischunterricht! Warum? «Die antiken Texte regen uns an [...] nachzudenken.» Die zitierten Schülerstimmen belegen dies eindrücklich.

Als Leserin, die selbst in den Genuss des Unterrichts alter Sprachen kam, kann ich bestätigen, dass auch ich dadurch viel fürs Leben mitbekommen habe. Die Fähigkeit zur Analyse von Texten hat mir z.B. allerlei ehrenamtliche Tätigkeitsfelder eröffnet.

Und auch in der Schweiz, die in der Schule wie Frankreich immer mehr dem Nützlichkeitsgedanken anhängt, gibt es eine kreative Gegenstimme: die Privatinitiative junger Leute, die sich für die Pflege des Lateins einsetzen – die «Schweizer Lateintage». Es lohnt sich, ihre Webseite anzusehen und weiterzupfehlen.

Renate Dünki, Oberwangen TG



ren zu existieren». Das werde dann ein «bedauerliches Erbe sein, das der Welt von denen hinterlassen wird, die heute den Anspruch erheben, die Hüter der Wahrheit zu sein».

¹ <https://berlingroup21.org/front-matter-and-introduction>
² <https://www.nachdenkseiten.de/?p=55809>
³ <https://berlingroup21.org/grave-concerns-email-june-2018>
⁴ https://wikileaks.org/opcw-douma/document/actual_toxicology_meeting_redacted/actual_toxicology_meeting_redacted.pdf
⁵ <https://wikileaks.org/opcw-douma/document/>
⁶ <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>
⁷ <https://wikileaks.org/opcw-douma/document/>
 Erstveröffentlichung: www.nachdenkseiten.de vom 7.8.2023

Menschenrechtsindustrie – Plädoyer gegen Machtpolitik mit Menschenrechten

Alfred de Zayas: *The Human Rights Industry: Reflections of a Veteran Human Rights Defender*

von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Köchler*



Die «Menschenrechtsindustrie» ist die bisher umfassendste und ehrlichste Bewertung und Kritik an der Leistungsfähigkeit der Institutionen, die die internationale Gemeinschaft eingerichtet hat, um die Einhaltung der Grundsätze zu überprüfen, die der Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit auf globaler Ebene zugrunde liegen. Sowohl im Inland als auch in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten muss Politik mit der Würde des Menschen konform gehen, und die Autorität des Staates darf nur dazu dienen, das Recht durchzusetzen, nicht aber, es um der blossen Macht willen zu untergraben. Dies ist der Grundgedanke aller internationalen Instrumente und Institutionen, die im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen und insbesondere als Reaktion auf die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, die 1948 von der Generalversammlung der Organisation verabschiedet wurde, geschaffen wurden.

Sorgfältig dokumentiert

Der Autor dieses sorgfältig dokumentierten Bandes führt uns vor Augen, wie wichtig es ist, die Verfahren und oft verborgenen Mechanismen zu verstehen, mit denen diese Institutionen ihr Mandat ausüben. Er tut dies mit größtmöglicher Authentizität, da er mehrere Jahrzehnte lang und in verschiedenen Funktionen bei den Vereinten Nationen tätig war, unter anderem von 2012 bis 2018 als erster *Unabhängiger Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung*. Angesichts seiner Erfahrungen aus erster Hand und seines Engagements in der Menschenrechtsindustrie lässt sich der Schwerpunkt seiner Untersuchung treffend mit dem auch vom Autor zitierten Diktum *Juvenals* «*Quis custodiet ipsos custodes?*» (Wer aber wird die Wächter selbst bewachen?) beschreiben. Das Ergebnis der vom Autor durchgeführten Untersuchung ist eine illusionslose Diagnose, die dem Leser dennoch helfen wird, die Vielschichtigkeit der internationalen Diplomatie an der Schnittstelle zwischen Recht und Macht zu verstehen.

Das Buch untersucht die «Menschenrechtsindustrie» in einigen der wichtigsten Unternehmungen, sowohl unter der Ägide der UNO als auch ausserhalb des institutionellen Rahmens dieser Organisation. Der Autor gibt eine detaillierte Bewertung und Analyse der Arbeit und Methoden des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (bis 2006 Menschenrechtskommission) und des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR). Er geht auch

* Hans Köchler ist Präsident der *International Progress Organization* (I.P.O.).

auf den *Internationalen Strafgerichtshof* (IStGH) und kurz auf die *Organisation für das Verbot chemischer Waffen* (OVCW) ein und weist auf Fälle politischer Einmischung in die Arbeit dieser beiden für die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts wichtigen Institutionen hin. Er setzt sich kritisch mit dem Abstimmungsverhalten der Staaten in Menschenrechtsfragen sowie mit der Rolle der Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen und Medien – bei der Förderung der Menschenrechte auseinander. Die Arbeit schliesst mit einer Fülle konkreter Empfehlungen, die darauf abzielen, die Überwachung und Durchsetzung der Menschenrechte zu verbessern, aber auch die Menschenrechtsdoktrin im Kontext globaler Machtbeziehungen besser zu definieren.

«Priorität des Friedens als *conditio sine qua non*»

Im Einklang mit der Philosophie der UN-Charta betont der Autor die Priorität des Friedens als *conditio sine qua non* für die Verwirklichung der Menschenrechte. Er kritisiert die Verwässerung der «Erklärung über das Recht auf Frieden» des Menschenrechtsrates aus dem Jahr 2016 scharf und weist darauf hin, dass das Dokument – obwohl der Text so stark verwässert wurde, dass die Erklärung fast bedeutungslos wurde – von allen westlichen Mitgliedsstaaten des Rates abgelehnt wurde. Dies wirft nach Einschätzung des Autors die Frage nach der Glaubwürdigkeit derjenigen auf, die sich als Hauptverteidiger der Menschenrechte im heutigen globalen System sehen.

«Die Fülle an Analysen und Kritiken in Verbindung mit konkreten Reformvorschlägen macht die in diesem Band versammelten Ideen zu einem echten Gegenmittel gegen die Selbstgerechtigkeit der «Narrativ-Manager», die nur allzuoft die globale Menschenrechtsagenda für engstirnige politische Interessen verzerrt und manipuliert haben.»

Einseitige Stellungnahmen des Hohen Kommissars für Menschenrechte

In bezug auf den Frieden verweist er auch auf die einseitigen Stellungnahmen des *Hohen Kommissars für Menschenrechte* zum anhaltenden Konflikt in der Ukraine und missbilligt, was er als «voreingenommenes Naming and Shaming» (öffentliches Blossstellen) bezeichnet, ohne auf die wirklichen Sachverhalte einzugehen. Seine freimütige Einschätzung auf der Grundlage seiner Erfahrungen aus erster Hand als Menschenrechtsbeauftragter lässt ihn an der Integrität des Ansatzes des Amtes zweifeln. In einem Kommentar zu einer weiteren Stellungnahme des stellvertretenden Hohen Kommissars zum Ukraine-Konflikt bezeichnet er den Umgang des Amtes mit der Angelegenheit als «eine Ausübung der Bestätigung westlicher Vorurteile». Der Autor beklagt die Praxis der Vereinten Nationen, hochrangige Posten mit politischen Vertretern zu besetzen, weist auf die «zunehmende Politisierung» des OHCHR hin und kritisiert die Selektivität der vom Amt eingeleiteten Untersuchungen. Er stellt ausserdem fest, dass es zahlreiche Belege dafür gibt, dass das OHCHR «dem politischen Druck von Regierungen und Geldgebern nachgibt». Seiner Einschätzung nach «besteht kaum ein Zweifel daran, dass dem OHCHR in dem hybriden Krieg, den die USA zur Aufrechterhaltung einer unipolaren Welt führen, eine unterstützende Rolle zugewiesen wurde» (S. 30). Im Hinblick auf die Unabhängigkeit und Integrität der Menschenrechtsarbeit betont der Autor immer wieder, dass das Hochkommissariat keine «freiwilligen Beiträge» annehmen sollte.

«Feindliche Übernahme» vieler Menschenrechtsorganisationen

Bei der Bewertung des Zustands der Menschenrechtsindustrie in ihrer Gesamtheit diagnostiziert *de Zayas* das, was er als «feindliche Übernahme» vieler Menschenrechtsorganisationen durch Regierungen, Geheimdienste und (versteckte) Unternehmensinteressen bezeichnet. Er macht insbesondere auf die Infiltration des *Internationalen Strafgerichtshofs*,

aber auch der Mainstream- und Sozialen Medien durch Geheimdienste aufmerksam. All dies hat zur politischen Instrumentalisierung und Verwendung der Menschenrechte als Waffe beigetragen, was in der gegenwärtigen globalen Konstellation zunehmend einen Dualismus von «Gut» und «Böse» bedeutet und die Bemühungen um Dialog und friedliche Streitbeilegung untergräbt.

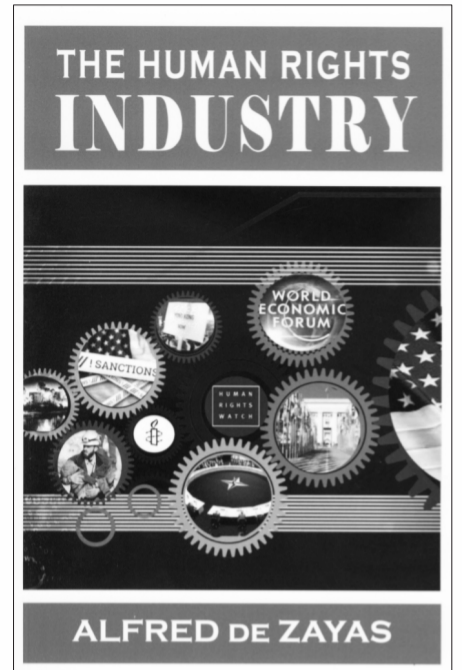
«Saboteure menschlicher Werte»

Besonders aufschlussreich, wenn es um die Rolle der Machtpolitik im heutigen globalen Diskurs über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit geht, sind die Statistiken in Kapitel 8 des Buches, «The Voting Record of States» (Statistik über das Abstimmungsverhalten von Staaten). Ob es um das «Recht der Völker auf Frieden» (UN-Generalversammlung, 1984), die bereits erwähnte «Erklärung über das Recht auf Frieden» (durch den Menschenrechtsrat), eine Resolution zur «Förderung des Friedens als unabdingbare Voraussetzung für den vollen Genuss aller Menschenrechte für alle» (2022) oder die wiederholten Resolutionen des Menschenrechtsrates zu den «negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmassnahmen auf die Verwirklichung der Menschenrechte» ging: Diejenigen Staaten, vor allem aus dem Westen, die sich als Vorreiter bei der Durchsetzung der Menschenrechte sehen, stimmten entweder dagegen oder enthielten sich. Nach der Analyse des Autors sind diese Staaten jedoch eher als «Saboteure menschlicher Werte» oder «Vandalen der Menschenrechte» zu bezeichnen (S. 252).

De Zayas' nüchterne Beschreibung des Status quo der Menschenrechte im heutigen internationalen System dient einem konstruktiven Zweck. Er erinnert den Leser daran, dass man zunächst die Probleme identifizieren muss, um sie dann korrigieren zu können. Er beschreibt seine Position als «überlebenswichtigen Humanismus» und spricht eine «erhebliche Durchsetzungslücke» in bezug auf Menschenrechtspakte und -resolutionen an, die auf die internationale Machtpolitik und die daraus resultierende Praxis des Messens mit zweierlei Mass zurückzuführen ist.

Spezifische Empfehlungen

Auf der Grundlage seines jahrzehntelangen Engagements im UN-Menschenrechtsapparat legt er eine Reihe präziser Empfehlungen vor, die auf ein glaubwürdiges und effizienteres Engagement der internationalen Gemeinschaft für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit abzielen. Als Prioritäten für die globale Politik nennt er unter anderem den «Weltfrieden», den Übergang von der «militärischen» zur «menschlichen Sicherheit», den Verzicht auf einseitige Zwangsmassnahmen (die er als Instrument einer hybriden Kriegsführung betrachtet), die volle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und einen ganzheitlichen Ansatz für die Menschenrechte. Auf der Grundlage dieser Kriterien entwirft der Autor einen «Aktionsplan», der unter anderem die Ratifizierung der wichtigsten UN-Menschenrechtsverträge durch alle Staaten, die Verabschiedung eines internationalen Abkommens über die soziale Verantwortung von Unternehmen und die Stärkung regionaler und internationaler Menschenrechtsgerichte vorsieht. In bezug auf die Arbeitsweise des UN-Menschenrechtsrates stellt er die Idee der «präventiven Berichterstattung», die Einrichtung von Verfahren zur Verhinderung von Mobbing und *Ad-hominem*-Angriffen gegen Menschenrechtsvertreter und -aktivisten sowie die Verabschiedung einer «Charta der Rechte von Whistleblowern» vor. Er schlägt ausserdem vor, dass der Rat das Recht auf Selbstbestimmung als ständigen Punkt auf seine Tagesordnung setzen und sich



Alfred de Zayas. *The Human Rights Industry: Reflections of a Veteran Human Rights Defender*; Atlanta, GA (USA): Clarity Press, 2023 xx + 329 S., ISBN 978-1-949762-52-5

speziell mit den Gefahren der Kriegspropaganda befassen sollte. Was das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte betrifft, so müssen nach Ansicht des Autors Massnahmen zur vollständigen Vermeidung sogenannter «freiwilliger» Finanzierung und zur Beendigung der Praxis der Ernennung ehemaliger Politiker zu Hochkommissaren ergriffen werden.

Besondere Verantwortung der UNO-Generalversammlung

Nach der Gesamteinschätzung des Autors trägt die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine besondere Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der weltweiten Menschenrechtspolitik. Die Mitgliedsstaaten sollten die anhaltenden Versuche zurückweisen, die Welt in «gute» und «schlechte» Länder zu unterteilen. Darüber hinaus sollte die Versammlung besser von Artikel 96 der UN-Charta Gebrauch machen, der sie ermächtigt, den *Internationalen Gerichtshof* um Gutachten zu ersuchen, und sie sollte den Vertretern indigener Völker in den Sitzungen der Versammlung einen besonderen Status einräumen. Sie sollte auch die Ernennung eines Sonderberaters des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für das Recht auf Selbstbestimmung in Betracht ziehen. Nach Ansicht des Autors ist der Grundsatz der territorialen Integrität nicht absolut und muss im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht interpretiert werden.

Die Rolle der internationalen Zivilgesellschaft

Was die Beteiligung der internationalen Zivilgesellschaft an der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen betrifft, so sollte sichergestellt werden, dass die mächtigen Länder keinen unangemessenen Druck ausüben, um Nichtregierungsorganisationen einen beratenden Status zu gewähren oder diesen zu blockieren. Weiters dürfen die Wissenschaft und die Medien nicht der «Cancel Culture» nachgeben oder dogmatisch die «Political Correctness» durchsetzen. Sie sollten sich dazu verpflichten, einer Pluralität von Ansichten Raum zu geben. Mit Blick auf das Internet und die Sozialen Medien schlägt der Autor unter anderem vor, die privatwirtschaftliche Zensur und die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Suchmaschinenalgorithmen unter Strafe zu stellen.

Die Fülle an Analysen und Kritiken in Verbindung mit konkreten Reformvorschlägen macht die in diesem Band versammelten Ideen zu einem echten Gegenmittel gegen die Selbstgerechtigkeit der «Narrativ-Manager» (so bezeichnet sie der Autor), die nur allzuoft die globale Menschenrechtsagenda für engstirnige politische Interessen verzerrt und manipuliert haben. Das Werk ist in der Tat ein überzeugendes Plädoyer an die internationale Gemeinschaft, zu dem zurückzukehren, was *de Zayas* als den «Geist» (*spirituality*) der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* bezeichnet. • (Übersetzung aus dem Englischen, die Zwischentitel hat die Redaktion gesetzt.)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenhaid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RLVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

Der Blick nach Deutschland

Verfassungspatriotismus als Ausblick?

von Karl-Jürgen Müller

Spätestens seit dem 24. Februar 2022 sind in Deutschland zwei Grundlinien der Politik unübersehbar geworden. Deren Wurzeln reichen aber viel länger zurück. Die eine Linie ist die Aufkündigung eines Wertekonsenses, dessen Grundlage ein aufgeklärtes christlich-humanistisches Menschenbild war. Heute gehört zu dieser Linie auch der Abbau der sozial- und wirtschaftspolitischen Grundlagen eines die allgemeine Wohlfahrt fördernden Sozialstaates. Diese Aufkündigung soll einer ideologisch verbrämten, in Tat und Wahrheit aber selbstzerstörerisch wirkenden vollständigen Unterwerfung unter US-amerikanische Vorgaben Platz machen – und sie ist ein Verfassungsbruch durch die Amtsinhaber staatlicher Stellen. Die andere Linie ist der zunehmend illiberale Umgang mit grundsätzlicher Kritik an dieser Politik. Das Banner dabei ist der zum Totschlagsargument gewordene Vorwurf der «Verfassungsfeindlichkeit» – auch dies ein Verfassungsbruch. Wäre es nicht überlegenswert, diesem Zangengriff zu begegnen mit einem vom Bürger her gedachten, geschichtsbewussten, versöhnlichen Verfassungspatriotismus – zu dem unverzichtbar der naturrechtliche Kern der universellen Achtung und des Schutzes der Menschenwürde gehört?

Dass heute auch der die allgemeine Wohlfahrt fördernde Sozialstaat gefährdet ist, zeigt ein Blick auf ein paar aktuelle Zahlen. Am 28. Juli meldete das Statistische Bundesamt, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2023 inflationsbereinigt um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gesunken ist. Der Geldwertverlust (Inflation), so dasselbe Amt am 8. August, betrug 6,5 Prozent gegenüber dem Juni des Vorjahres. Am 30. Juni meldete die Bundesagentur für Arbeit, die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen sei gegenüber dem Juni des Vorjahres um 192.000 Menschen gestiegen. Statista.com meldete am 2. August: 3,9 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen – viel mehr als die offiziellen Arbeitslosenzahlen – bezogen im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli 2023 das sogenannte Bürgergeld, über 200.000 mehr als im Durchschnitt des Vorjahres. Bis Ende 2022 hieß diese staatliche Minimalunterstützung *Arbeitslosengeld II* («Hartz IV»). Die deutsche Schuldenuhr meldete am 14. August Staatsschulden von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 2,55 Billionen Euro (das sind mehr als 30.000 Euro pro Kopf), ein Rekordwert, der sich ständig weiter erhöht. Ende 2022 waren es 2,38 Billionen Euro. Und am 11. August meldete das Statistische Bundesamt für den Juli 2023 23,8 Prozent mehr Regelin-solvenzen (Konkurs anmeldende Unternehmen) als im Juli des Vorjahres.

Diese trockenen Zahlen, das vergisst man leicht, sind mit vielen menschlichen Schicksalen verbunden.

«Wieder der kranke Mann Europas»

Anders als der deutsche Kanzler, der im ZDF-Sommergespräch vom 13. August die wirtschaftliche Situation des Landes beschönigte, befand Moritz Küpper, Präsident des Arbeitgeberverbandes *Gesammetall* – zuständig für die

für das Land besonders wichtige Metall- und Elektroindustrie – am 9. August in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk*: «Es ist eine ganz, ganz schwierige Lage in Deutschland. Wir werden in die Rezession rutschen im zweiten Halbjahr. Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir sind in der Tat wieder der kranke Mann Europas.» Als Grund nannte er die mangelhaften Rahmenbedingungen: «Es sind die Rahmenbedingungen. Rahmenbedingungen müssen stimmen, damit Industrie erfolgreich ist. Dazu gehören natürlich bezahlbare Energiepreise. Wir sind hier an der absoluten Spitze mit 20 Cent pro Kilowattstunde. Kein Land dieser Welt hat höhere Energiepreise als Deutschland. Wir haben Bürokratie ohne Ende. Wir haben hohe Steuern. Wir haben hohe Abgaben. Wir haben viel verschlafen bei der Digitalisierung. Wir haben Probleme bei der Bildung. 50.000 junge Menschen gehen ohne Abschluss jedes Jahr von den Schulen.»

Seit dem 24. Februar 2022 macht die deutsche Regierung Russland und dessen Präsidenten für diese mangelhaften «Rahmenbedingungen» verantwortlich. Das aber hält einer Überprüfung nicht stand. Michael Lüders zum Beispiel hat in seinem vor ein paar Wochen erschienenen Buch «Moral über alles? Warum sich Werte und nationale Interessen selten vertragen» recht genau dargelegt, warum diese Rechtfertigung nicht überzeugen kann und dass die deutsche Regierung das Land ohne Not in eine schwere Energie-, Wirtschafts- und Finanzkrise und zudem in einen hoch riskanten Stellvertreterkrieg gegen Russland gestürzt hat. All dies dem Machtanspruch der USA und deren Interessen zu Diensten, aber auf eine spezielle grün-deutsche Art ideologisch aufgeladen und mit doppelzüngiger Moral gerechtfertigt.

Wer sind die Verfassungsfeinde?

Am 10. August hat der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer längeren Rede an die vor 75 Jahren beginnende vorbereitende Verfassungskonferenz für das westdeutsche Grundgesetz in Herrenchiemsee erinnert. Fast am Ende der Rede machte er auch die «Verfassungsfeinde» zum Thema: «Unser Grundgesetz verträgt harte und härteste Auseinandersetzung. Verfassungsfeinde jedoch kann die Verfassung nicht integrieren – und wir dürfen die Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht ignorieren. [...] Klarer, entschiedener, kämpferischer Widerspruch der demokratischen Parteien ist zum Beispiel immer dann geboten und gefordert, wenn Agitatoren in öffentlichen Versammlungen [...] unsere Demokratie als «System», «Unrechtsregime» oder «Diktatur» verunglimpfen, demokratische Institutionen diskreditieren und verächtlich machen.»

Interessant ist, wen der Bundespräsident als «Verfassungsfeinde» bezeichnet: Menschen, die beim Blick auf das heutige politische Deutschland von «System», «Unrechtsregime» oder gar «Diktatur» sprechen. Sicher kann man über die Treffsicherheit dieser Wortwahl streiten, aber mit dem, was verfassungsrechtlich gesehen «Verfassungswidrigkeit» ist – nur diesen Begriff gibt es im deutschen Grundgesetz, der Begriff «Verfassungsfeind»

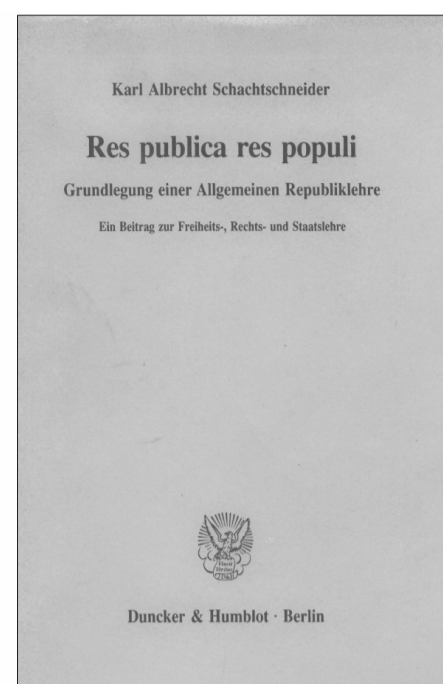
kommt gar nicht vor – haben diese Formulierungen für sich genommen gar nichts zu tun. Massgeblich für den Begriff der Verfassungswidrigkeit und mögliche Konsequenzen daraus sind die Grundgesetzbestimmungen über Parteien (Artikel 21). Artikel 21 formuliert in seinen Absätzen 2 und 4: «Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. [...] Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 [...] entscheidet das Bundesverfassungsgericht.»

Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Das *Bundesverfassungsgericht* hat in der bundesdeutschen Geschichte viermal über das Verbot einer Partei entschieden und dabei auch den im Grundgesetz selbst nicht geklärten Begriff «freiheitliche demokratische Grundordnung» zu definieren versucht. Am kompaktesten im 1952 ergangenen Urteil zum Verbot der *Sozialistischen Reichspartei*:

«Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.»

Das klingt sehr viel anders als das, was der deutsche Bundespräsident am 10. August als verfassungsfeindlich einstufte. Und sehr wahrscheinlich gibt es unter denjenigen, die mit Blick auf das heutige Deutschland von «System», «Unrechtsregime» oder gar «Diktatur» sprechen, auch Menschen, die sich begründet fragen, inwieweit die Amtsträger Deutschlands in den vergangenen Jahrzehnten nicht massgeblich dazu beigetragen haben, dass für das heutige Deutschland mit guten Argumenten nicht von einer «Selbstbestimmung des Volkes», von «Volkssouveränität», von «Gewaltenteilung» und «Unabhängigkeit der Gerichte», von «Chancengleichheit für alle politischen Parteien», vom «Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition», von der «Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten» gesprochen werden kann. Folgt man hingegen der Diktion des heutigen Bundespräsidenten, so wären Persönlichkeiten wie Hannah Arendt und Karl Jaspers – zum Bei-



ISBN 3-428-08124-2

spiel auf Grund ihres 1993 veröffentlichten Briefwechsels – wohl «Verfassungsfeinde».

Verfassungspatriotismus

Verfassungsrechtlich fundierte Opposition gegen die real existierende Machtpolitik in der Bundesrepublik Deutschland hat eine namhafte Tradition. Schon Karl Jaspers berief sich in seiner 1966 erschienenen und damals viel diskutierten Schrift «Wohin treibt die Bundesrepublik?» auf das westdeutsche Grundgesetz. Schon die ersten Sätze seines Vorwortes zeigen, dass es ihm nicht um Kritik der Kritik wegen ging, sondern um eine Verbesserung der Situation:

«Ein Freund meinte, dieses Buch sei einer der schärfsten Angriffe auf die Bundesrepublik durch einen Deutschen. Ich halte dies nicht für richtig. Das Dasein der Bundesrepublik ist unser Glück als Chance für einen neuen deutschen Staat. Kritik wird an Wegen geübt, die die Bundesrepublik heute geht. Nicht Verneinung ist die Absicht, sondern eine, wenn auch noch so winzige, Hilfe durch die Besinnung. Daher wird im dritten Stück dieser Schrift gegenüber der gegenwärtigen eine grundsätzlich andere Innen- und Außenpolitik entworfen.»

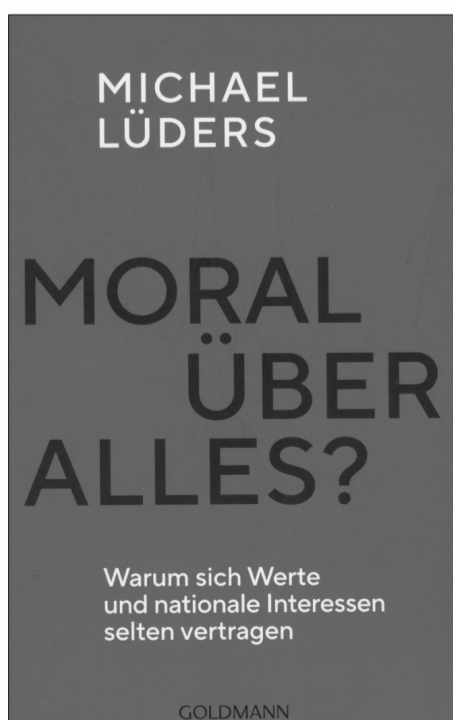
Dem Philosophen Karl Jaspers folgten Staatsrechtslehrer wie Martin Kriele oder Karl Albrecht Schachtschneider mit seinem 1994 erschienenen Grundlagenwerk «Res publica res populi. Grundlegung einer Allgemeinen Rechtslehre. Ein Beitrag zur Freiheits-, Rechts- und Staatslehre».

Dolf Sternberger

«Verfassungspatriotismus» ist ein Begriff, den der deutsche Politikwissenschaftler und Journalist Dolf Sternberger geprägt hat.² Er war ein Zeitgenosse von Karl Jaspers und Hannah Arendt und stand mit beiden im regen Austausch. Sternberger lebte von 1907 bis 1989 und war Zeitzeuge der deutschen Katastrophen im 20. Jahrhundert. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er als Journalist mit Berufsverbot belegt. Nach dem Krieg gab er ab Oktober 1945 zusammen mit Karl Jaspers, Alfred Weber und Werner Kraus die Zeitschrift *Die Wandlung* heraus, eine Stimme zum geistigen Wiederaufbau Deutschlands. Sternberger wandte sich gegen den Machiavellismus in der Politik und berief sich auf die ethisch fundierte Staatslehre des Aristoteles. In deutlicher Abgrenzung zu Carl Schmitt und seinem Konzept, Kern der Politik sei die Unterscheidung zwischen Freund und Feind, postulierte er:

«Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede. Das Politische müssen und wollen wir zu begreifen versuchen als den Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu schützen und freilich auch zu verteidigen. Oder, anders ausgedrückt: Der Friede ist die politische Kategorie schlechthin. Oder, noch einmal anders ausgedrückt: Der Friede ist der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen, dies alles zugleich.»

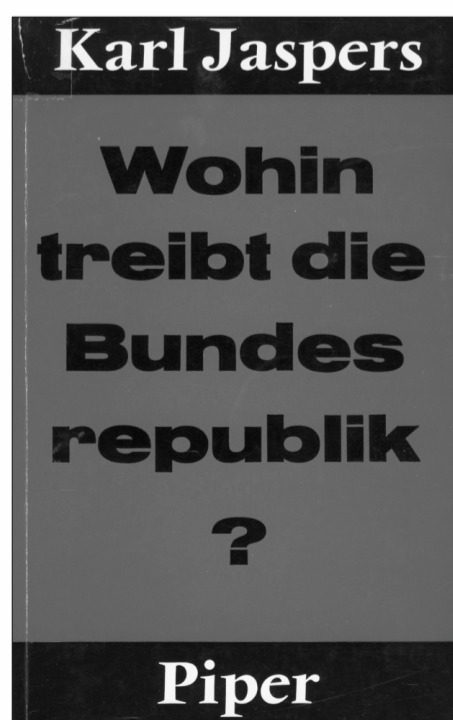
Eine der wichtigsten politischen Akademien in Deutschland, die *Akademie für politische Bildung* – Fortsetzung auf Seite 7



ISBN 978-3-442-31731-8



ISBN 3-492-11757-0



Das Ende des globalen Eigentums und des Vertrauens

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.



Eberhard Hamer
(Bild zvg)

Die USA und die Nato haben Russland mit Totalsanktionen belegt, um dessen Wirtschaft zu vernichten und den wirtschaftlichen Verkehr der Nato-Länder mit Russland zu beenden.

Diese Sanktionen treffen nicht nur deutsche Unternehmen, denen es untersagt ist, in ihren Niederlassungen

in Russland noch Geschäfte zu machen. Viele deutsche Konzerne mussten ihre Niederlassungen in Russland schließen – ob sie je wieder eröffnet werden, hängt von der Dauer der Sanktionen ab, dürfte also fraglich sein.

So wie uns Deutschen geht es aber auch den übrigen Europäern, denen der Geschäftsverkehr mit Russland praktisch untersagt ist. Ganz Europa soll auf diese Weise entsprechend dem Gründungsprinzip der Nato, «To keep the Russians out», von Russland abgekoppelt werden. Wirtschaftlich ist ein eiserner Vorhang gezogen worden, und wir haben nicht nur einen kalten Krieg, sondern einen heißen Wirtschaftskrieg begonnen.

Das zeigen vor allem die Finanzboykotte und der Gas- sowie Ölboykott gegen Russland.

Der Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Abrechnungssystem und das Verbot aller Banken, mit russischen Banken noch Geschäftsbeziehungen zu haben, ist in der Wirtschaftsgeschichte einmalig, war aber schon lange zu erwarten, seit Russland mit China ein Konkurrenzabrechnungssystem zum SWIFT begonnen hat, nämlich CIPS. Die Russen haben offenbar den Boykott kommen sehen und ihre Dollars zumeist verkauft. Die Chinesen sind nun dabei, ihre Dollars ebenfalls loszuwerden, können dies aber nur begrenzt, weil massive Dollar-Abgaben zum Kurssturz des Dollars führen und damit die chinesischen Guthaben mit entwerten würden.

Neben China und Russland sind bereits mehr als 20 Länder dem neuen CIPS-Abrechnungssystem beigetreten, damit könnte das, was die USA als finanzpolitischen Todesstoss gegen den Rubel und Russland beabsichtigt haben, zum Bumerang werden, wenn die Welt ein zweites, auf Goldbasis gesichertes Abrechnungssystem bevorzugt und aus dem nicht mehr wertgedeckten Fiat-Geld-Dollar aussteigt. Es könnte zum Ende nicht nur der Verrechnung in Dollar, sondern auch des Dollar-Imperiums führen, denn bisher konnten die

«Grundlage von Geschäft und Investitionen im Ausland war nämlich das Vertrauen, dass im Ausland investiertes Vermögen und dort investierte Unternehmensbeteiligungen langfristig dem Investor erhalten bleiben. Wenn nun die Unternehmen und Anleger damit rechnen müssen, dass auch die Satelliten dem Beispiel der USA der willkürlichen Enteignung von «Feindvermögen» folgen, ist dies das Ende des internationalen Investitionsvertrauens.»

USA mit frisch gedrucktem Geld ohne jegliche Deckung in der Welt alles bezahlen und ihren Wohlstand für «fiat money» erhöhen. Geht dies nicht mehr, nähmen die Länder der Welt wertlose Dollar nicht mehr an, könnten die USA damit nicht mehr die Güter der Welt einkaufen, nicht mehr 900 Milliarden Dollar Militärausgaben bestreiten und ihre Finanzdefizite nicht mehr abdecken. Insofern könnte der Finanzboykott gegen Russland und eine Gegenreaktion der Welt den Zusammenbruch des Dollar-Imperiums nach sich ziehen.

Das wiederum bedeutet für die deutsche Wirtschaft, dass Anlagen in Dollar ihre Sicherheit verlieren, unsicher werden. Rechnen die Menschen in der Welt mit dem Absturz des ausgehöhlten, weil hemmungslos vermehrten Dollar, werden sie aus dem Dollar flüchten und wird der Dollar abstürzen, werden dafür andere Währungen – Yuan, Euro u. a. – nicht nur als Verrechnungseinheiten, sondern auch als neue Anlagewährungen gesucht werden.

Wirtschaftskrieg USA gegen Russland

Der Gas- und Ölkrieg der USA gegen Russland hatte schon vor dem Ukraine-Krieg begonnen. US-Präsident Trump tat alles Mögliche gegen die Gasleitung Nord Stream 2, weil die USA ihr umweltschädliches, doppelt so teures Fracking-Gas in Europa loswerden wollten und deshalb die billigere russische Konkurrenz wütend bekämpften. Die USA, die EU und die Grünen haben nun endlich russische Gas- und Öllieferungen nach Deutschland torpediert, obwohl Deutschland zu mehr als der Hälfte seines Energieverbrauchs auf russisches Gas angewiesen war. «Lieber frieren als russisches Gas», riet die deutsche Außenministerin Baerbock (nicht für sich, sondern für uns). Seit der von den USA befohlene Gas-Stopp Europas gegen Russland wirksam wurde, müssen die Menschen Luxuspreise für Wärme zahlen und steigen auch für die Unternehmen die Energiepreise so stark an, dass allein die Energiekosten immer mehr Unternehmen in die Verlustzone

reissen, dass Hunderttausende von Unternehmen aufgeben müssen, ihre Arbeiter entlassen, keine Steuern und keine Sozialabgaben mehr zahlen und die begonnene Rezession zusätzliche Abschwungsdynamik gewinnt.

All dies wird nun mit Kriegsboseheit der Russen begründet, obwohl es schon Jahre vorher begonnen hat. Die Menschen in Europa sind inzwischen durch die US-Propaganda mit solchem Hass «gegen Putin» und Russland programmiert, dass sie ihre eigene wirtschaftliche Schädigung durch die Ukraine-Politik und deren Dirigenten akzeptieren – bis sie selbst die Folgen am eigenen Leibe spüren.

Enteignungen gegen Russland

Kaum erwähnt wird in der Mainstream-Presse, dass die USA und die EU im Krieg gegen Russland auch das Vermögen russischer Bürger beschlagnahmen und sogar in der ganzen Welt verfolgen, wo dies ihre Geheimdienste aufspüren können. Das gilt nicht nur für Sachwerte und Unternehmen, sondern auch für Finanzwerte und leider nicht nur durch die USA, sondern sogar durch die Nato-Satelliten, die sich auf Druck der USA ebenfalls an diesen Enteignungen weltweit beteiligen müssen.

Mit dieser von den USA begonnenen globalen Enteignungswelle gegen Russland und Russen wird nicht nur das Vertrauen in weltweite Investitionen und Kapitalanlagen zerstört, sondern überhaupt die Globalisierung torpediert.

Grundlage von Geschäft und Investitionen im Ausland war nämlich das Vertrauen, dass im Ausland investiertes Vermögen und dort investierte Unternehmensbeteiligungen langfristig dem Investor erhalten bleiben. Wenn nun die Unternehmen und Anleger damit rechnen müssen, dass auch die Satelliten dem Beispiel der USA der willkürlichen Enteignung von «Feindvermögen» folgen, ist dies das Ende des internationalen Investitionsvertrauens.

Bricht aber der Welthandel durch Vertrauensverlust zusammen, brechen vor allem Exportüberschüsse und die Exportländer zusammen – vor allem Deutschland –, werden wir nicht nur unsere Auslandsinvestitionen verlieren, sondern auch die Erträge dieser Auslandsinvestitionen und unsere Exportüberschüsse. In wenigen Jahren schon könnten wir statt dessen Exportdefizite haben, wird jedenfalls der auf dem Export bisher beruhende Wohlstand (etwa ein Drittel) bei Auflösung der Globalisierung zusammenbrechen.

Risiko der aufgehobenen Eigentumsgarantie

Das Mittelstandsinstitut hat deshalb die exportlastigen Unternehmen gewarnt, nicht mehr langfristig auf diese Stärke zu vertrauen, sondern wachsende Schwierigkeiten der Globalisierung einzurechnen. Das gilt zum Beispiel für die Billigimporte aus China und anderen Ländern, die wir möglicherweise langfristig nicht mehr bezahlen können, gilt auch für das Eigentum von Auslandsinvestitionen, welche nach amerikanischem Vorbild dem Zugriff der Staaten künftig schutzlos ausgeliefert sein werden, und es gilt vor allem auch für die Investitionserträge (Gewinne) aus Tochterfirmen und Anlageinvestitionen im Ausland.

Wenn sich die Welt in zwei Blöcke, in die US-Nato einerseits und Russland/China andererseits teilt, werden auch die Auseinandersetzungen um die gegenseitigen Vermögen härter und rücksichtsloser und werden die Länder die gleichen Enteignungen ergreifen, welche jetzt die USA und die EU gegen Russland eingeführt haben.

Keine Auslandsinvestitionen mehr

Dann rächt sich, dass sich der Exportweltmeister in einen fremden Wirtschaftskrieg hat treiben lassen, der Deutschland mehr als allen Ländern der Welt schadet, auf den wir praktisch keinen Einfluss haben, in dem beide Kriegsparteien USA und Russland gegen deutsche Interessen kämpfen und der mit seinen Langfristfolgen – wie oben beschrieben – der deutschen Weltgeltung in der Industrie und unserem darauf beruhenden Wohlstand mehr als anderen Ländern schadet.

Nicht der Ukraine-Krieg selbst, sondern der dagegen auch mit eigenen Sanktionen begonnene Welthandelskrieg zerstört die Globalisierung, den darauf beruhenden Wohlstand für alle und wird sich – wie jeder Krieg – Schlag gegen Schlag und mit wachsendem Hass ausdehnen und nur globalen Schaden statt Nutzen bringen.

«Der Blick nach Deutschland»

Fortsetzung von Seite 6



Dolf Sternberger (1907–1989)(Bild zvg)

«Tutzing», gab 2020 eine Schrift mit dem Titel «Verfassungspatriotismus – Zum 50. Geburtstag einer Wortschöpfung»³ heraus. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Veröffentlichung. Schon gleich nach dem Krieg war Sternberger der Auffassung, dass eine emotionale Bindung der Deutschen an ihren kommenden neuen Staat von grosser Bedeutung sein werde und allein der rationale Behörden- und Politikerverweis auf Verfassung und Gesetze für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben nicht ausreichte. Andererseits hatten die Jahre 1933–1945 überdeutlich gezeigt, wohin eine nur noch emotionale, die Vernunft ausschaltende Bindung an ein Staatsgebilde und vor allem an die Person seines «Führers» führen konnte. Sternberger plädierte deshalb für eine Verbindung von gefühlsmässig erfüllter Vaterlandsliebe und

durch Vernunft geleiteter demokratischer Republik. Schon 1947 zitierte er in der Zeitschrift *Die Wandlung*: «Es gibt kein Vaterland in der Despotie.» Und 1959 schrieb er unter dem Titel «Das Vaterland»: «Das Vaterland ist die «Republik», die wir uns schaffen, das Vaterland ist die Verfassung, die wir lebendig machen.» Einen ethnisch begründeten Nationalismus lehnte Sternberger nach den Auswüchsen im Nationalsozialismus entschieden ab, für ihn war die Schweiz als Willensnation ein Vorbild.

Den Begriff «Verfassungspatriotismus» verwendete er das erste Mal 1970 in einem Beitrag für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», jedoch zuerst ohne grösseres Echo. Das änderte sich erst 1979 mit einem weiteren Beitrag in derselben Zeitung und mit seiner Festrede zum 25jährigen Bestehen der Akademie in Tutzing im Jahr 1982.

Zustimmung, so Sternberger in seiner damaligen Rede, die in der Schrift der Akademie zusammengefasst wurde, «kann der staatlichen Ordnung nicht schon auf Grund einer geschichtlich gewachsenen Schicksals- und Erlebnisgemeinschaft erwachsen. Vielmehr vermag allein die gemeinsame Wahrnehmung von Freiheits- und Partizipationsrechten wirkliches Identitätsgefühl zu stiften. Ein modernes Gemeinwesen wie die Bundesrepublik werde in erster Linie zusammengehalten durch den rationalen Willen der Bürger, dazuzugehören und mitzumachen.» (Hervorhebung km) Für Sternberger ging es um das Wesen des modernen Verfassungsstaates, auch er sprach von der «freiheitlichen demokratischen Grundordnung» und deren für ihn zentralen Merkmalen: «repräsentative Körper- und bürgerliche Wählerschaften, eine

kontrollierte Regierung, gesetzliche Verwaltung, unabhängige Gerichtsbarkeit, offene Führungselitenrekrutierung, Ämterwechsel nach vereinbarten Spielregeln, öffentliche Information und Diskussion, Widerstand und Opposition, gesellschaftlicher Pluralismus und schliesslich eine bürgerliche Freiheit, die durch staatliches Gewaltmonopol gesichert werde».

Verfassungspatriotismus heute

Im *Historikerstreit* der achtziger Jahre geriet der Begriff «Verfassungspatriotismus» unter die Räder. Jürgen Habermas bediente sich des Begriffes als Kampfinstrument gegen diejenigen, die nicht damit einverstanden waren, deutsche Identität nur noch als verwestlichte bundesrepublikanische Identität gelten zu lassen und die deutsche Geschichte vor 1933 nur noch als langen Weg in den Nationalsozialismus. Dolf Sternberger war an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Seine entschiedene Abgrenzung vom Nationalsozialismus liess ihn eine allzu emotionale Bindung der Bürger an ihren Staat mit grosser Skepsis betrachten. Zudem grenzte er sich auch stark von der deutschen Geschichte vor 1945 ab – obwohl die Geschichte der deutschen Freiheits-, Verfassungs- und Nationalbewegung durchaus Identifikationspotential bot. Aus heutiger Sicht problematisch auch: Sternbergers doch recht grosses Vertrauen in die bundesdeutsche Parteienoligarchie und die bundesdeutschen staatlichen Institutionen.

Kritiker wie der vor kurzem verstorbene Schriftsteller Martin Walser oder Staatsrechtler wie Rupert Scholz oder Wolfgang Isensee wiesen auf solche Punkte. Isensee sprach von einer zu «dünnen Abstraktion», die nicht geeig-

net sei, zu erklären, «warum ein Volk in guten und schlechten Tagen zusammenhalten» soll.

In der Tat: Ein Land, dessen Bürger sich nicht mehr als «geschichtlich gewachsene Schicksals- und Erlebnisgemeinschaft» verstehen, entfaltet zu wenig innere Bindungskräfte. Sich als Teil einer «Schicksals- und Erlebnisgemeinschaft» zu verstehen, bedeutet nicht, die eigene Geschichte und Gegenwart freizusprechen. Indes: Täte es nicht allen in Deutschland lebenden Menschen gut, der ganzen Geschichte und Gegenwart des Landes – auch jener der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – ohne Überheblichkeit und Besserwisserei zu begegnen? Und sich mit der Tradition des Landes in West und Ost zu versöhnen, was heisst: zu verstehen, sich selbst nicht auszunehmen und die eigene Verantwortung für das eigene Leben und Zusammenleben aller Menschen im Land ins Zentrum zu rücken. Und nicht zuletzt: auch all das zu erkennen und offen zu benennen, woran sich konstruktiv anzuknüpfen lohnt. Auch für Deutschland gibt es einen reichen Schatz. •

¹ Wie weit sich die öffentliche Extremismusdebatte in Deutschland mittlerweile von den Verfassungsgrundsätzen entfernt hat, machte Roger Köppel, Chefredakteur der Schweizer *Weltwoche*, am 31. Juli in seiner Sendung *weltwoche.daily* deutlich: <https://weltwoche.ch/daily/parteitag-gereifte-afd-fordert-direkte-demokratie-eine-eu-der-vaterlaender-und-eine-migrationsfestung-europa-rechtsextremismus-wie-deutsche-behoerden-den-begriff-umdeuten-immer-mehr-deutsche-fuer/>

² vgl. Sternberger, Dolf. *Verfassungspatriotismus*, Dolf Sternberger Schriften, Bd. X, Insel Verlag 1990

³ https://www.apb-tutzing.de/download/publikationen/kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_2020_01_Web.pdf

Unesco: «Kein Bildschirm kann jemals die Menschlichkeit eines Lehrers ersetzen»

Zum Bildungsbericht 2023

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Das neue Schuljahr hat begonnen. Unsere Schulen sind ausgerüstet mit vielen neuen Geräten, und manche Schulgemeinde berichtet stolz von den Tablets, mit denen ihre Schüler und Schülerinnen nun ausgerüstet seien. Die dazu nötigen Kredite waren grosszügig gesprochen worden, schliesslich gehe es um die Zukunft unserer Kinder, die gerüstet sein müssten für eine von Digitalisierung geprägte Welt. Oft wird lobend hervorgehoben, dass der Fernunterricht während der Covid-19-Pandemie deutlich gemacht habe, dass technologische Lösungen im Unterricht ein sehr geeignetes Instrument und als unvermeidliche Form des Fortschritts zu betrachten seien. Auch habe der Fernunterricht endlich das Misstrauen und die Technikfeindlichkeit vieler Lehrpersonen durchbrochen. Die Gunst der Stunde wurde deshalb genutzt, um die nötigen Finanzen zur Bereitstellung digitaler Geräte für alle Schulstufen zu erwirken.

Zu Recht wird diesen euphorischen Stimmen mit Skepsis begegnet, und es mehren sich zunehmend kritische Stimmen, die sich der Frage stellen, in wessen Diensten diese Entwicklung steht und ob sie die Bildungschancen der Kinder tatsächlich verbessert.

Ein Werkzeug zu wessen Bedingungen?

Vor einiger Zeit veröffentlichte die Unesco ihren umfassenden Bildungsbericht 2023 mit dem Titel «Technology in Education – a tool on whose terms?»¹ (Technologie in der Bildung – ein Werkzeug zu wessen Bedingungen?). Die Unesco nimmt in der Bildungspolitik ihrer Mitgliedsländer eine wichtige Rolle ein und koordiniert und überwacht, wie sie die vereinbarten Ziele umsetzen. Das aktuelle Bildungsziel der *Agenda Bildung 2030* lautet: «Bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherstellen sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen fördern.»² Es ist Teil der 2015 von der Uno beschlossenen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und soll bis 2030 erreicht werden.

«Kein Bildschirm kann jemals die Menschlichkeit eines Lehrers ersetzen»

In ihrem Vorwort thematisiert *Audrey Azoulay*, die Generaldirektorin der Unesco, drei mit der Technologisierung der Schulen weit verbreitete Versprechen, die falsche Erwartungen wecken würden.³ «Erstens das Versprechen des personalisierten Lernens. Sehr oft führt diese grosse Hoffnung dazu, dass wir die grundlegende soziale und menschliche Dimension vergessen, die den Kern der Bildung ausmacht. Es lohnt sich, das Offensichtliche zu wiederholen: Kein Bildschirm kann jemals die Menschlichkeit eines Lehrers ersetzen. Wie im Unesco-Bericht «Futures of Education» (Zukunft der Bildung), der 2021 veröffentlicht wurde, hervorgehoben wird, muss die Beziehung zwischen Lehrern und Technologie komplementär sein und darf niemals austauschbar sein.»

Azoulay betont mit anderen Worten die unverzichtbare Bedeutung der Lehrpersönlichkeit und der Beziehung für den Lernprozess und verweist die heute vielfach eingesetzten digitalen Gerätschaften auf den Platz, wo sie hingehören, nämlich als zusätzliches und mögliches Werkzeug, mit denen der Unterricht allenfalls didaktisch und methodisch erweitert werden kann.

Nachweis für echten Mehrwert digitaler Technologie fehlt

Als zweite irrtümliche Erwartung führt sie die Behauptung an, dass die digitale Technologie einen leichteren Zugang zur Bildung möglich mache. Dem sei nicht so, bestehe doch «[...] in der Realität eine digitale Kluft, die die Ungleichheiten im Bildungsbereich sogar noch vergrössert. Während der Pandemie hatte fast ein Drittel der Schüler keinen effektiven Zugang zum Fernunterricht – was nicht überrascht, da derzeit nur 40% der Grundschulen weltweit über einen Internetzugang verfügen. Selbst wenn der Internetzugang flächendeckend wäre, müsste aus pädagogischer Sicht nachgewiesen werden, dass die digitale



Grundlage eines gelingenden Lernprozesses ist die zwischenmenschliche Beziehung. (Bild caro)

Technologie einen echten Mehrwert für effektives Lernen bietet, insbesondere in einer Zeit, in der wir uns alle der Risiken übermässiger Bildschirmarbeit bewusst werden.»

Kommerzielle und private Interessen, mangelnder Datenschutz

«Das letzte falsche Paradoxon und keineswegs das geringste», so Azoulay weiter, «besteht darin, dass trotz des Bestrebens, die Bildung zu einem globalen Gemeingut zu machen, die Rolle kommerzieller und privater Interessen in der Bildung weiter zunimmt, mit all den Unklarheiten, die dies mit sich bringt: Bis heute garantiert nur eines von sieben Ländern rechtlich den Schutz von Bildungsdaten.»

Als Kompass für die Bildungsstrategien der einzelnen Länder gelten für den Bildungsbericht deshalb zwei nachdrückliche Empfehlungen: Erstens soll dem Wohl der Schüler systematisch Vorrang vor allen anderen Erwägungen – insbesondere kommerziellen – gegeben werden, und zweitens soll sichergestellt sein, dass die Technologie als Mittel und nicht als Zweck betrachtet wird.

Hausaufgaben für Entscheidungsträger

Die Unesco fordert deshalb die jeweiligen Regierungen auf zu klären, ob der Einsatz der Bildungstechnologie für den nationalen und lokalen Kontext überhaupt geeignet sei. Es müsse auch das Risiko ausgeschlossen werden, dass die Digitalisierung bereits Privilegierte bevorzuge und andere weiter ausgrenze und damit die Ungleichheit beim Lernen zusätzlich verstärke. Die Regierungen werden davor gewarnt, sich vom überwältigenden Angebot an Produkten und Plattformen im Bildungsbereich zu Entscheidungen verleiten zu lassen, ohne dass Vorteile und Kosten hinreichend belegt seien (nur ungefähr 25% der Gesamtkosten sind jeweils für die Erstinvestitionen nötig, die restlichen 75% sind Folgekosten, zum Beispiel für den technischen Support, die im allgemeinen nicht benannt werden). Weiter müssten die Länder stets prüfen, ob die digitale Technologie tatsächlich nachhaltigen Nutzen bringe und nicht von engstirnigen wirtschaftlichen Erwägungen und Partikularinteressen geleitet werde.⁴

Gute, unparteiische Erkenntnisse sind Mangelware

Diese Kernaussagen ergeben sich aus einem facettenreich und differenziert erstellten Bericht, in den der heutige Forschungsstand und bisherige Erfahrungen eingeflossen sind. Vor- und Nachteile der Digitalisierung im Bildungsbereich werden gegeneinander abgewogen. An die Schulen geht der Aufruf, Regeln festzulegen und einzuhalten, an die sich alle halten

müssen, und zu klären, welche Rolle die neuen Technologien beim Lernen spielen sollen und wie sie verantwortungsvoll eingesetzt werden können. Das im Bewusstsein, wie der Bericht anführt, dass gute, unparteiische Erkenntnisse über die Auswirkungen der Bildungstechnologie Mangelware seien – ein Grossteil der Untersuchungen stammt von denjenigen, die versuchen, ihre Produkte zu verkaufen.

Ein kritisches Bewusstsein entwickeln

Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, so der Bericht, sich mit Chancen und Risiken auseinanderzusetzen, die mit der Technologie verbunden sind, und ein kritisches Bewusstsein dafür entwickeln, wie man mit und ohne Technologie lebt. Das mache ihren Blick frei für die Veränderungen der Welt und der damit verbundenen Herausforderungen.

Der Bericht ist also keine Absage an Informationstechnologien in Bildungseinrichtungen. Er ist jedoch eine Absage an die derzeitigen Geschäftsmodelle der aktuellen Anbieter – mit dem Ziel, wie *Ralf Lankau*, Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg, meint, «[...] den Einsatz von Informationstechnik und künstlicher Intelligenz (KI) an den Bedürfnissen der und zum Nutzen von Lernenden auszurichten statt an Partikularinteressen der IT-Wirtschaft und einzelner Medienanbieter».⁵

Kröten auf dem Sofa

Was der Unesco-Bildungsbericht thematisiert, wurde in einigen Ländern bei der Erstellung und Auswertung von Bildungsprogrammen bereits berücksichtigt. Beispielsweise hat Schweden seinen Vorschlag einer nationalen Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023–27 dem *Karolinska Institut* zur Stellungnahme vorgelegt, einer der grössten und angesehensten medizinischen Universitäten Europas. Das Gutachten des Teams von Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachbereichen trug wesentlich dazu bei, dass die schwedische Regierung ihre Entscheidung, Vorschulen und Grundschulen verpflichtend mit digitalen Geräten auszustatten, wieder rückgängig gemacht hat. Auf der Webseite der liberalen Partei findet sich folgende Begründung:

«Schweden steckt in einer Schulkrise, und das Bildschirmexperiment in den Vorschulen ist zu weit gegangen; hier sollten die Grundlagen für die Schule gelegt werden. Kinder in der Vorschule schauen sich Kröten auf dem Sofa an, statt Kröten im Teich.» Und weiter: «Es ist klar, dass Bildschirme grosse Nachteile für kleine Kinder haben. Sie behindern das Lernen und die Sprachentwicklung. Zu viel Bildschirmzeit kann zu Konzentrationsschwie-

rigkeiten führen und die körperliche Aktivität verdrängen. Wir wissen, dass menschliche Interaktion für das Lernen in den ersten Lebensjahren entscheidend ist. Bildschirme haben in Vorschulen einfach nichts zu suchen», sagt die Bildungsministerin *Lotta Edholm*.⁶

Andere Länder machen es vor

Aber nicht nur Schweden, auch andere Länder haben sich besonnen und ihre digitalen Richtlinien im Bildungsbereich neu überdacht. Eine High School im australischen Sydney führte strengere Regelungen für den Umgang mit Mobiltelefonen ein. Die Schülerinnen und Schüler mussten neu tagsüber ihre Handys in einer Tasche versorgen, die, wenn sie einmal geschlossen war, nicht wieder geöffnet werden konnte, ohne ein Schloss aufzubrechen. Was wichtig ist: Der Entscheid der Schule wurde auch von den Lehrern und der Mehrheit der Eltern mitgetragen.

Nur zwei Monate später berichtete der Direktor der Schule, dass sie seit der Einführung dieser Massnahme einen markanten Rückgang (90%) an Verhaltensproblemen und einen Anstieg von körperlicher Aktivität und Gesprächen zwischen den Schülern festgestellt hätten. Es sei klar, dass die Mobiltelefone im Klassenzimmer das Lernen und die Konzentration der Kinder beeinträchtigen und sich negativ auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler auswirken.⁷

Diese Schule machte das, was in verschiedenen anderen Schulen und Ländern schon Usus ist. Bereits 2015 und 2018 wurde in Frankreich ein Handyverbot im Unterricht eingeführt, das 2018 auf internetfähige Geräte wie Tablets und Smartwatches erweitert wurde und für alle Räumlichkeiten und bei schulischen Aktivitäten in und ausserhalb der Schulhäuser gilt.

In China beschränkte das Bildungsministerium Anfang 2021 die Zeit, in der digitale Geräte als Lehrmittel benutzt werden, auf 30% der Unterrichtszeit. Ab 2024 gehören auch die Niederlande zu jenen Ländern, welche die Verwendung von Mobiltelefonen oder anderen privaten digitalen Geräten in Schulen verbieten. Jedes vierte Land weltweit verbietet mittlerweile private Geräte in der Schule, dies mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen, die sich wieder auf den Unterricht konzentrieren und miteinander kommunizieren sollen (und dürfen!).

Was tun?

Diese Erfahrungen sollten bei unseren Bildungspolitikern, aber auch Eltern und Lehrpersonen den entscheidenden Impuls auslösen, nachzuziehen und sich aus aktuellen Irrtümern zu befreien. Es braucht in der Bildungspolitik keine weiteren Bildungsexperimente, sondern dringend wieder den offenen und ehrlichen Dialog, der sich an unabhängigen, wissenschaftlichen Befunden orientiert, Erfahrungen ehrlich auswertet und sich an den Bedürfnissen des Kindes orientiert. Wäre das dann für die Schulgemeinden nicht ein echter Grund, stolz zu sein? •

¹ Global Education Monitoring Report 2023. *Technology in Education – a tool on whose terms?* Paris: Unesco. (ausführlicher Bericht mit 418 Seiten). <https://www.unesco.org/gem-report/en>; abgerufen am 10.8.2023

² Schweizerische Unesco-Kommission. *Bildungsagenda 2030. Aktionsrahmen. Deutsche Kurzfassung*, S. 2; <https://www.unesco.ch/wp-content/uploads/2017/01/Bildungsagenda-2030.pdf>; abgerufen am 14.8.2023

³ a.a.O. S. vii, daraus sind auch die nachfolgenden zwei Zitate entnommen.

⁴ Weltbildungsbericht (Kurzversion, englisch, 35 Seiten), S. 25f.; <https://www.unesco.de/publikationen#row-10250>; abgerufen am 10.8.2023

⁵ Lankau, Ralf. *Unesco-Bericht fordert mehr Bildungsgerechtigkeit*. [www.diagnose-funk.org > download.php?field=filename&id=1658&class=NewsDownload](http://www.diagnose-funk.org/download.php?field=filename&id=1658&class=NewsDownload), abgerufen am 13.8.2023

⁶ vgl. Liberale Partei Schweden. *Dags för skärmfri förskola* [Zeit für eine bildschirmfreie Vorschule]. <https://www.liberalerna.se/nyheter/dags-for-skarmfri-forskolahttps>; abgerufen am 12.8.2023

⁷ vgl. A Sydney high school banned mobile phones. It had dramatic results. In: *Sydney Morning Herald* vom 7.8.2022; <https://www.smh.com.au/national/nsw/a-sydney-high-school-banned-mobile-phones-it-had-dramatic-results-20220803-p5b6z.html#Echo-box=1659829516>; abgerufen am 12.8.2023

«Es ist klar, dass Bildschirme grosse Nachteile für kleine Kinder haben. Sie behindern das Lernen und die Sprachentwicklung. Zu viel Bildschirmzeit kann zu Konzentrationsschwierigkeiten führen und die körperliche Aktivität verdrängen. Wir wissen, dass menschliche Interaktion für das Lernen in den ersten Lebensjahren entscheidend ist. Bildschirme haben in Vorschulen einfach nichts zu suchen.» (*Lotta Edholm*, Bildungsministerin von Schweden)